

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Vor der Erneuerung der Eisenverbände

R. Mendelsohn (Berlin)

In der deutschen Eisenwirtschaft laufen seit Monaten bereits die Verhandlungen über die Verlängerung der innerdeutschen Verbände sowie des internationalen Rohstahlpaktes, ohne daß bisher eine endgültige Vereinbarung zustandegekommen ist. Die deutsche Rohstahlgemeinschaft, desgleichen das internationale Rohstahlabkommen sind zunächst nur provisorisch auf zwei Monate oder ein halbes Jahr verlängert worden. Von einer endgültigen Verständigung und langfristigen Vereinbarung dieser beiden genannten Rahmenverbände hängt auch das Schicksal der zahlreichen innerdeutschen Spezialverkaufsverbände für die Walzwerksfabrikate ab, deren Ablaufstermin gleichfalls in wenigen Monaten heranrückt.

Die Fragen der innerdeutschen Verbandsbildung und der internationalen Kartellierung sind aufs engste miteinander verknüpft. Nur auf der Basis der Kartellierung der inländischen Produzenten können wirksame Vereinbarungen über Produktionsumfang, Preise und Marktaufteilung auf internationaler Grundlage zustandekommen, während andererseits diese internationalen Konventionen wieder auf die Produktions- und Preispolitik der inländischen Produzenten zurückwirken. Bei der letzten Tagung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft ist dieser enge Zusammenhang zwischen nationaler und zwischenstaatlicher Kartellierung auch offen ausgesprochen worden. In dem Communiqué, das über diese Sitzung veröffentlicht worden ist, heißt es, daß eine endgültige Vereinbarung über die Internationale Rohstahlgemeinschaft mit Rücksicht auf die noch nicht gesicherte Neubildung nationaler Verbände, womit die innerdeutschen Verbandsauseinandersetzungen gemeint sind, nicht vorgenommen werden kann.

In der öffentlichen Diskussion über die Erneuerung der Verbände werden für die „Verbandsmüdigkeit“ der Eisenindustrie häufig psychologische Momente angeführt. Man beruft sich dabei auf Äußerungen führender Eisenindustrieller, die offen ihrem Unwillen über die Einengung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit der einzelnen Werke, die durch die straffe Syndizierung der Eisenindustrie zwangsläufig eingetreten ist, Ausdruck gegeben haben. So hat zum Beispiel der Leiter des Gutehoffnungshütte-Konzerns, Paul Reusch, erklärt, daß er einem Wiederaufleben der Konkurrenz selbst mit den unausbleiblichen Folgen des Preiskampfes unbedenklich gegenüber der jetzigen Kartellwirtschaft den Vorzug gäbe.

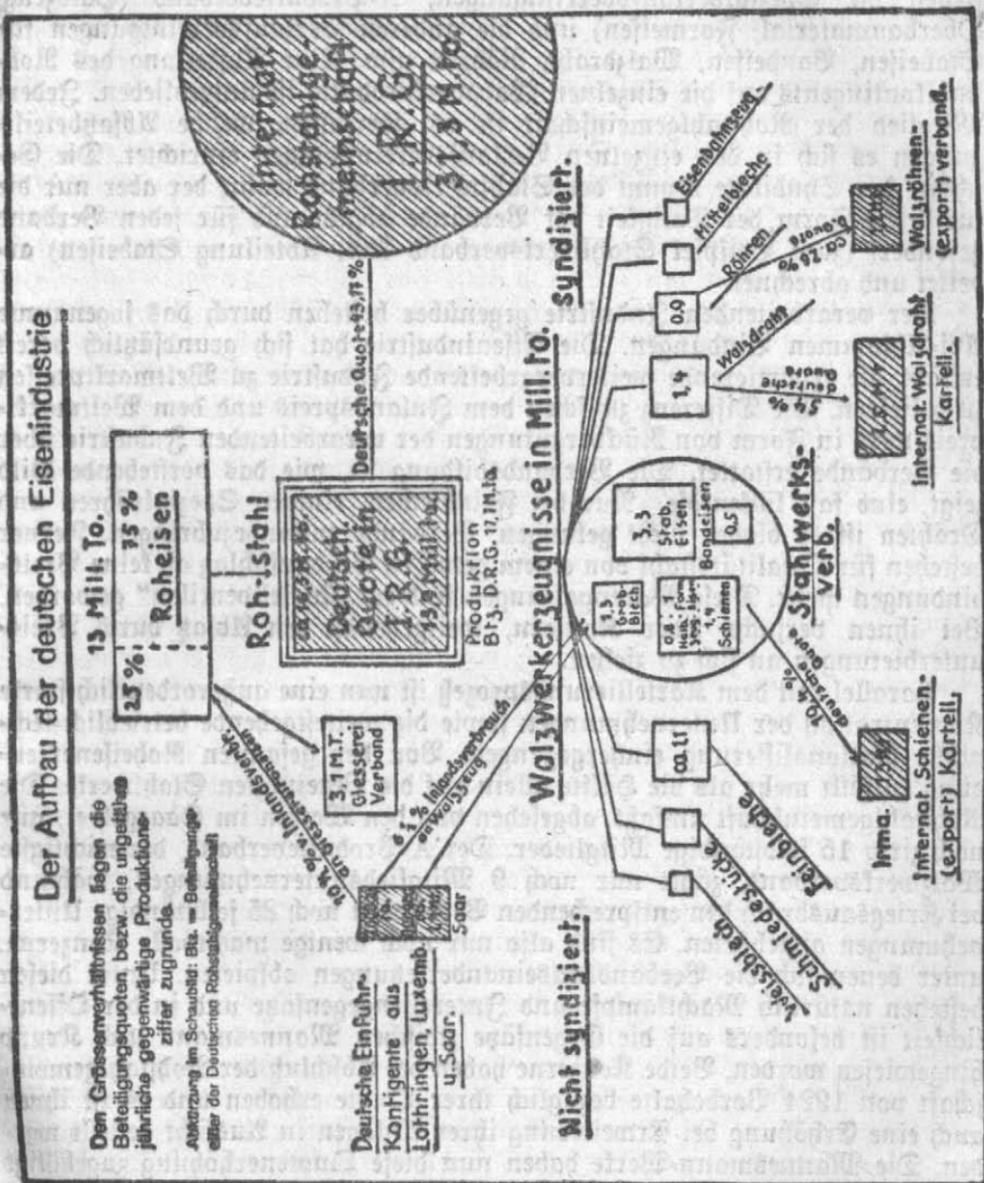
Handelt es sich bei dieser Stellungnahme wirklich um eine Auflehnung des freien Unternehmertums gegen die gebundene Wirtschaft, liegt diesen Äußerungen wirklich die ehrliche Absicht zugrunde, auf die jetzige monopolmäßige Beherrschung des Inlandsmarktes zu verzichten und den freien Kon-

Kampfs der Werke wiederaufleben zu lassen? Wir glauben, daß eine ganze Reihe von Erwägungen hier mitspielen. In erster Linie ist es wohl bewußte Taktik einzelner schwerindustrieller Konzerne, sich möglichst unabhängig, sogar desinteressiert oder ablehnend gegenüber der Verbandsbildung zu zeigen, um in dem Quotenkampf eine möglichst starke Position einzunehmen und die Vertragspartner zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Eine vorübergehende Auflösung der Verbände und ein vorübergehender Preiskampf auf dem deutschen Markt erscheint ferner den bestfundierten Konzernen durchaus nicht allzu gefährlich, sie versprechen sich hieraus eine Stärkung ihrer Position gegenüber dem Stahltrust; die politische und soziale Reaktion in den Reihen der Eisenindustrie glaubt ferner in einer verbandslosen Zeit den sozialen Druck auf die Arbeiterschaft in verstärktem Maße ausüben zu können und weitere berechnete Ansprüche der Arbeiterschaft auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung hintanzulassen zu können, wenn nicht sogar eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Endlich ist wohl der Eisenindustrie vor ihrer eigenen Monopolmacht oder den unausbleiblichen Konsequenzen, die sich für Staat, Arbeiterschaft und Verbraucherschaft aus dieser Herrschaftsmacht der Eisenindustrie ergeben, bange geworden. Der Syndikus der Schwerindustriellen, Dr. Reichert, hat den jetzigen Stand der Dinge in der Eisenwirtschaft kürzlich dahingehend gekennzeichnet, daß die „individualistische mit der kollektivistischen Idee ein Bündnis auf Zeit geschlossen habe“. Vom wirtschaftlichen Individualismus, von individueller Entscheidungsfreiheit in wirtschaftlichen Fragen ist freilich in der Eisenwirtschaft nicht mehr viel zu sehen. Auf der ganzen Linie herrscht das weitmaschige Netz von Kartellen und Syndikaten, die den Produktionsumfang, die Preise und die Verkaufstätigkeit vorschreiben oder regeln, alles Kennzeichen der organisierten oder, wie es Dr. Reichert bezeichnet, der kollektivistischen Wirtschaft. Eine wirtschaftliche Herrschaftsmacht, wie sie die Eisenindustrie darstellt, kann aber nicht unbeschränkt der Verfügungsmacht einiger Konzernführer überlassen bleiben, sondern diese kollektivistische deutsche Eisenwirtschaft muß, wenn nicht schwerste Schädigungen der Gesamtwirtschaft eintreten sollen, der öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. Es ist den Eisenindustriellen wohl selbst zum Bewußtsein gekommen, daß eine Verstärkung der staatlichen Kontrolle und eine Einflußnahme der Arbeitnehmerschaft auf die Wirtschaftsführung in der Eisenwirtschaft im jetzigen Stadium unaufhaltbar ist. Man weiß ferner, daß das Instrument zur Beherrschung der Eisenwirtschaft die Verbandsorganisation darstellt und hofft, durch ihre zeitweilige Auflösung die Tendenzen zu einer staatlichen Kontrolle über die Eisenwirtschaft wenigstens abzuschwächen.

Nach dem bisher Gesagten kann kein Zweifel darüber sein, daß die Verbandsgegnerschaft einzelner Konzerne nicht so sehr prinzipieller Ablehnung der Verbands- und Monopolherrschaft, als vielmehr taktischen Erwägungen und politischen und sozialen Absichten entspringt. So stark diese Momente die verbandsablehnende Haltung auch beeinflussen mögen, so ist diese doch in hohem Maße auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen.

Will man die jetzige „Verbandskrise“ in der Eisenindustrie in ihren tieferen Ursachen erklären, so muß man kurz auf die jetzige Struktur und die

Entwicklung der deutschen Eisenwirtschaft eingehen. Der Aufbau der deutschen Eisenwirtschaft sei durch das folgende Schaubild verdeutlicht:



In der Eisenindustrie besteht für die Roheisenproduktion kein Produktionskartell, der Roheisenverband ist lediglich Verkaufsorganisation für diejenigen Eisenmengen, die nicht von den eigenen Stahlwerken weiterverarbeitet werden, also für Stahleisen und Gießereiroheisen, das die reinen Siemens-Martin-Werke und die Eisengießereien beziehen. Für die Stahlindustrie besteht dagegen ein Produktionskartell, die Rohstahlgemeinschaft,

durch die die Gesamtproduktion kontingentiert wird und jedes Werk die Produktionsquote zuerteilt erhält. Neben diesem Kontingentierungsverband bestehen die Spezialverkaufsvereinigungen, A-Produkteverband (Halbzeug, Oberbaumaterial, Formeisen) und die anderen Verkaufsvereinigungen für Stabeisen, Bandeisen, Walzdraht, Röhren usw. Eine Aufteilung des Rohstahlkontingents auf die einzelnen Walzwerkprodukte ist unterblieben. Jedem Mitglied der Rohstahlgemeinschaft ist es überlassen, welche Absatzbeteiligungen es sich in den einzelnen Verkaufsvereinigungen einrichtet. Die Geschäfte der Syndikate nimmt der Stahlwerksverband wahr, der aber nur die juristische Form der Tätigkeit der Verbände abgibt und für jeden Verband gesondert (zum Beispiel Stahlwerksverband AG, Abteilung Stabeisen) arbeitet und abrechnet.

Der verarbeitenden Industrie gegenüber bestehen durch das sogenannte Abi-Abkommen Bindungen. Die Eisenindustrie hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die exportierende weiterverarbeitende Industrie zu Weltmarktpreisen zu beliefern. Die Differenz zwischen dem Inlandspreis und dem Weltmarktpreis wird in Form von Rückvergütungen der verarbeitenden Industrie über die Verbände erstattet. Die Verbandsbildung ist, wie das vorstehende Bild zeigt, eine fast lückenlose. Nur bei Feinblechen, einigen Spezialröhren und Drähten ist es bisher nicht gelungen, Verbände zustandezubringen. Ferner bestehen für Qualitätsstahl von einem gewissen Güteausschlag ab keine Preisbindungen mehr. Diese Warengattungen sind zu „Kartellventilen“ geworden. Bei ihnen versucht jeder Konzern, weitgehendst den Absatz durch Preisunterbietungen an sich zu ziehen.

Parallel mit dem Kartellierungsprozeß ist nun eine außerordentlich starke Konzentration der Unternehmungen sowie die weitestgehende betrieblich-technische Rationalisierung einhergegangen. Von der gesamten Roheisenerzeugung entfällt mehr als die Hälfte allein auf die Vereinigten Stahlwerke. Die Rohstahlgemeinschaft umfaßt, abgesehen von den Werken im Saargebiet, nur noch zirka 15 selbständige Mitglieder. Der A-Produkteverband, der wichtigste Walzwerksverband, zählt nur noch 9 Mitgliedsunternehmungen, während bei Kriegsausbruch den entsprechenden Verbänden noch 25 selbständige Unternehmungen angehörten. Es sind also nur noch wenige machtvolle Konzerne, unter denen sich die Verbandsauseinandersetzungen abspielen. Unter diesen bestehen natürlich Machtkämpfe und Interessengegensätze und in der Öffentlichkeit ist besonders auf die Gegensätze zwischen Mannesmann und Krupp hingewiesen worden. Beide Konzerne haben bei Abschluß der Rohstahlgemeinschaft von 1924 Vorbehalte bezüglich ihrer Quote erhoben und es ist ihnen auch eine Erhöhung bei Erweiterung ihrer Anlagen in Aussicht gestellt worden. Die Mannesmann-Werke haben nun diese Quotenerhöhung zugebilligt erhalten. Sie benutzen sie, um den Halbzeugbedarf, den sie bisher von Krupp bezogen, teilweise in eigener Produktion in ihren neuen Hochofenanlagen in Suedingen zu decken. Die Krupp-Werke fühlen sich durch diesen Absatzausfall geschädigt und beabsichtigen, durch Bau eines Röhrenwerkes stärker in die Fertigproduktion einzudringen und beanspruchen dementsprechend eine Erhöhung ihrer Quote. Diese Quotenansprüche bilden jedoch nur die Kulisse der Verbandskämpfe. Dahinter verbergen sich wohl viel tieferegreifende

Gegensätze, die sich durch die Entwicklung der letzten Jahre herausgebildet haben. In der Eisenindustrie hat die Rationalisierung außerordentliche Fortschritte genommen. Seit 1925 hat sich der Produktionsstand um fast ein Drittel erhöht. Die Produktionsanlagen sind ständig modernisiert und erneuert worden, die Produktion auf die modernsten Anlagen konzentriert worden. Von insgesamt 185 in Deutschland bestehenden Hochofen waren im August d. J. nur noch wenig mehr als die Hälfte, und zwar 96 in Betrieb. Das Ausbringen der Hochofen hat sich von 1341 Kilogramm Anfang 1925 auf 1833 Kilogramm Tageskopfleistung Mitte 1927 erhöht und dürfte sich seitdem noch weiter gesteigert haben. Durch die fortschreitende Mechanisierung sind die Lohnkosten erheblich gesenkt worden. Der Lohnaufwand pro Tonne Walzwerkserzeugnis dürfte sich von 1925 auf 1927 um mehr als 6 Mt. verringert haben. In der Wärme- und Kraftwirtschaft sind ganz erhebliche Ersparnisse erzielt worden. Anstelle des früheren großen Verbrauchs an Ofenkohle ist die Verwendung von Gas, Abhize und Abfällen, die im Eigenbetrieb gewonnen werden, getreten und damit sind erhebliche Ersparnisse bei den Brennstoffkosten erzielt worden. Die Modernisierung und Umstellung der Anlagen hat andererseits selbstverständlich große Kapitalien erfordert, die einen erhöhten Zinsendienst der Werke notwendig machen. Seit 1924 soll in der deutschen Montanindustrie etwa eine Milliarde neu investiert worden sein. Leider ist nicht bekannt, welcher Teil hiervon auf die Eisenindustrie entfällt. Wenn man annimmt, daß dieser etwa die Hälfte der Gesamtinvestition beträgt, so dürfte der Eisenindustrie aus der Rationalisierung eine zusätzliche Zinsenlast von 35 bis 40 Millionen im Jahr entstanden und dieser Mehraufwand dürfte durch die durch die Rationalisierung bewirkten Einsparungen reichlich gedeckt sein. Dieser relativ günstigen Selbstkostenentwicklung ist jedoch nicht eine entsprechende Preisgestaltung gefolgt. Im Gegenteil, die Inlandspreise sind mehrfach erhöht worden, so im Jahre 1927 zweimal die Preise der Walzwerkserzeugnisse und im Frühjahr dieses Jahres erneut die Roheisenpreise. Entsprechend dieser Entwicklung haben sich nun die früher unbestrittenermaßen ungünstigen Rentabilitätsverhältnisse in der Eisenindustrie seit 1927 erheblich gehoben. Diese Besserung findet neuerdings auch in der höheren börsenmäßigen Bewertung der Aktien der schwerindustriellen Werke ihren Ausdruck. Trotz der Aussperrung scheint auch das Dividendenergebnis des letzten Jahres bei den einzelnen Werken relativ zufriedenstellend. Während man den Verlust der Werke durch die Aussperrung auf 1 bis 1½ vS Dividendenausfall veranschlagte, haben die Werke nach den bisherigen Veröffentlichungen im wesentlichen trotz der Aussperrung ihre Vorjahrsdividendenausüttung aufrechterhalten können, der Klockner-Konzern hat sogar seine Dividende wieder von 6 auf 7 vS erhöhen können.

Nun weisen die einzelnen Konzerne in ihrem produktionstechnischen Aufbau und ihrer Selbstkostenlage starke Unterschiedlichkeiten auf. Diejenigen Werksgruppen, die ihr Schwergewicht auf die Verfeinerungsprodukte gelegt haben und bei denen die technische Rationalisierung am weitgehendsten durchgeführt ist, arbeiten mit nicht unbeträchtlich geringeren Selbstkosten als die Werke mit ungünstigeren Produktionsbedingungen. Die Durcheinanderrechnung von Inlands- und Auslandserlösen wirkt sich fernerhin für die

jenigen Werte, die am Export nicht so stark interessiert sind, ungünstig aus und diese vorwiegend binnenmarktorientierten Unternehmungen werden, insbesondere durch den im laufenden Jahr unter dem Zeichen des Quotenkampfes übermäßig forcierten Export in ihren Erlösen beträchtlich geschmälert. Es kommt endlich noch hinzu, daß auf verschiedenen Gebieten der Eisenproduktion, insbesondere in solchen mit besonders hohen Gewinnchancen, wie sie zum Beispiel die Qualitätsstahlherstellung und die Röhrenfabrikation bieten, immer wieder Außenseiterwerke auftreten, die durch Preisunterbietungen einen wenn auch insgesamt nicht sehr bedeutenden Teil des Gesamtabsatzes an sich ziehen.

Bevor wir die Konsequenzen ziehen, die sich aus diesem Entwicklungsgang für die zukünftige Verbandsbildung ergeben, ist es notwendig, das Fazit der internationalen Kartellierung für die deutsche Eisenwirtschaft zu ziehen. Der ursprüngliche Zweck des internationalen Eisenabkommens war, durch einen Rahmenverband, der die Produktionsmenge der einzelnen Länder beschränkt, die Grundlage für Exportsyndikate der festländischen Eisenproduzenten zu schaffen und mittels gemeinsamer Ausführorganisationen die unbefriedigenden Ausführerlöse zu heben. Gleichzeitig sollte durch die Kontingentierung der Produktion und das System der Strafzahlungen bei Überschreitung der Produktionsquote eine weitere übermäßige Ausdehnung der Eisenproduktion verhindert und eine allmähliche Angleichung von Produktionskapazität und effektiver Ausnutzungsmöglichkeit angestrebt werden. Das erstgenannte Hauptziel der Rohstahlgemeinschaft ist nicht erreicht worden. Ein Ausbau der Rohstahlgemeinschaft zu marktbeherrschenden Exportverbänden ist infolge der starken Gegensätze der Ländergruppen in nennenswertem Umfange nicht zustande gekommen. Das schon in der Vorkriegszeit bestehende Internationale Schienentartell war schon vor dem Abschluß der Rohstahlgemeinschaft erneuert worden. Außer diesem ist es nur für Walzdraht und für Röhren, bei letzteren auch unter Einschluß Englands und Amerikas zur Gründung von Exportsyndikaten gekommen. Dagegen ist über die Haupthandelsprodukte der Großeisenindustrie, Halbzeug und Stabeisen, Formeisen und Bleche usw., eine Verständigung für die Auslandsmärkte nicht zustande gekommen. Unter diesen Umständen konnte eine systematische Hebung der Ausführpreise durch die Rohstahlgemeinschaft nicht bewirkt werden; zwar ist seit Abschluß des Rohstahlpaktes eine nicht unwesentliche Verbesserung der Weltmarktpreise eingetreten. Diese Veränderung ist jedoch auf die starke Bedarfszunahme, die in zahlreichen Ländern eingetreten ist, zurückzuführen. Der Investitionsbedarf an Eisen und eisernen Produktionsmitteln hat sich mit Besserung der Wirtschaftslage sowohl in den Eisenproduktionsländern wie in den wichtigsten Exportgebieten stark erhöht. Durch diese Entwicklung konnte in allen der Rohstahlgemeinschaft angehörenden Produktionsländern der Umfang der Erzeugung ganz beträchtlich erhöht werden (die Stahlerzeugung der fünf Eisenpaktländer hat sich seit 1926 um rund 30 vH erhöht). Damit ist das vordem enorme Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Ausnutzung der Anlagen wesentlich reduziert worden. Die Zukunftsaussichten der Welteisenmärkte werden im Hinblick auf den in nächster Zukunft zu erwartenden Eisenbahnbau in China und auf die

weitere Industrialisierung der Überseegebiete im allgemeinen optimistisch beurteilt. Die Situation ist heute also wesentlich von der bei Abschluß der Rohstahlgemeinschaft verschieden.

Die deutsche Eisenindustrie hat bisher trotz der unbefriedigenden Weiterentwicklung der Rohstahlgemeinschaft an dieser festgehalten, weil sie sich in Verbindung mit dem internationalen Eisenabkommen durch die Kontingentabkommen mit den lothringischen und luxemburgischen Werken und durch Gebietschutzabreden mit den sonstigen Erzeugern eine fast uneingeschränkte Beherrschung des Inlandsmarktes sichern konnte. Diesen Gebietschutz hat die deutsche Eisenindustrie mit einer relativ ungünstigen Beteiligungsquote erkauft, deren Überschreitung ihr äußerst kostspielig zu stehen gekommen ist. Der ursprünglich festgelegte Strafbeitrag von 4 Dollar pro Tonne Quotenüberschreitung erforderte allein in den ersten drei Quartalen deutscherseits Strafsummen in Höhe von mehr als 18 Millionen Mark. Nachher wurden die Strafzahlungen mit Rücksicht auf Deutschland mehrfach reduziert. Immerhin sollen insgesamt in den drei Jahren der Wirksamkeit des Rohstahlpaktes von Deutschland nicht weniger als 34 Millionen Strafbeträge in die Ausgleichskasse entrichtet worden sein, das ist ein Betrag, der mehr als 3 vH der insgesamt in diesem Zeitraum in der Großeisenindustrie gezahlten Löhne ausmacht. Durch die verschiedenen Milderungen der Strafzahlungen hat sich zwar die Mehrbelastung der deutschen Produktion von Jahr zu Jahr verringert; sie hat zeitweilig mehr als 2,50 Mk. pro Tonne Rohstahl betragen und soll in letzter Zeit nur noch etwa 50 Pf. pro Tonne Rohstahl betragen haben. In der letzten Sitzung der Rohstahlgemeinschaft soll eine weitere Herabsetzung der Strafbezüge um 75 vH vereinbart worden sein, so daß also gegenwärtig die Belastung der deutschen Eisenindustrie infolge der Quotenüberschreitung nur noch relativ minimal (zirka 12 Pf. pro Tonne) sein dürfte. Nun kann kein Zweifel darüber sein, daß diese ganz erhebliche Reduzierung der Strafzahlungsbeträge, die lezhin erfolgt ist, nicht dauernd in Kraft bleiben wird, da so geringfügige Strafsummen, wie sie jetzt zu zahlen sind, Quotenüberschreitungen auch in sehr großem Umfange ermöglichen, den Strafzahlungsmechanismus damit so gut wie ganz unwirksam und die ganze Quotenzuteilung und Produktionskontingentierung praktisch bedeutungslos machen würden.

Die deutsche Monatsproduktion beträgt im laufenden Jahr durchschnittlich 1 450 000 Tonnen Rohstahl; sie entspricht wieder etwa dem Produktionsstand des Jahres 1927. Im Jahre 1927 soll dieser damals relativ hohe Produktionsstand eine Ausnutzung der Anlagen zu 90 bis 95 vH ermöglicht haben. Seitdem sind jedoch weitere Anlageausdehnungen eingetreten, so daß die gegenwärtige Produktionshöhe wohl nur einen Ausnutzungsgrad von weniger als 90 vH der Kapazität ermöglichen dürfte. Gegenüber einer effektiven durchschnittlichen Monatsproduktion von 1 450 000 Tonnen Rohstahl beträgt nun die deutsche Monatsquote nur 1 160 000 Tonnen, bleibt also um 25 vH unter der effektiven Erzeugung und wohl um 35 bis 40 vH unter der derzeitigen deutschen Kapazität zurück. Selbst wenn die deutsche Forderung auf eine fünfprozentige Erhöhung der Beteiligung an der Gesamtquote angenommen würde, bliebe die deutsche straffreie Quote noch immer

um zirka 10 vH hinter dem gegenwärtigen Produktionsstand zurück. Hiermit würde sich aber die deutsche Eisenindustrie wohl schlecht oder recht abfinden, wenn gleichzeitig die Gebietschutzabkommen verlängert werden und so der deutsche Inlandsmarkt weiterhin gegen die ausländische Eisenkonkurrenz abgeriegelt ist. Bezüglich der Entwicklung der Ausfuhrpreise gibt man sich deutscherseits wohl keinen allzu großen Illusionen hin. Die westlichen Eisenproduzenten haben mehrfach offen erklärt, daß sie bei den jetzigen Weltmarktpreisen auf den Auslandsmärkten schon ihr gutes Auskommen finden. Das Interesse Belgiens und auch Frankreichs an der Errichtung weiterer internationaler Verkaufsverbände ist nach wie vor nicht allzu groß. Die deutsche Eisenindustrie hat im Zeichen des Quotenkampfes den Export außerordentlich ausgedehnt. Der Export an Grobeisenerzeugnissen betrug während der Monate April bis Juli dieses Jahres zirka 1,6 Millionen Tonnen gegenüber 1,15 Millionen Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Ausfuhr hat sich also um zirka 40 vH erhöht. Der gesamte Ausfuhranteil der Grobeisenindustrie hat sich auf 38 vH des Gesamtabsatzes erhöht. Die deutsche Eisenindustrie wird wohl oder übel diese Überexpansion ihres Exports wieder eindämmen oder zum mindesten sich im Export auf diejenigen Eisenerzeugnisse beschränken müssen, in denen ein Export auch bei den derzeitigen Erlösen nicht verlustbringend ist.

Nach dem Vorhergesagten kann kein Zweifel sein, daß die deutsche Eisenindustrie, sofern ihr der einheimische Gebietschutz auf längere Zeit zugesagt wird und die deutsche Quote eine einigermaßen befriedigende Aufbesserung erhält, der Verlängerung der Rohstahlgemeinschaft zustimmen wird. Wie die innerdeutschen Konflikte, insbesondere die Gegensätze zwischen Krupp, Hösch, Gutehoffnungshütte einerseits, dem Stahlverein und Mannesmann andererseits beigelegt werden, läßt sich noch nicht überblicken. Wir glauben jedoch nicht, daß einer der Eisenkonzerne es zum Bruch kommen lassen wird. Wir meinen vielmehr, daß wie üblich in letzter Stunde die Verständigung über die Quoten erfolgen wird. Wir glauben freilich, daß diesmal unter keinen Umständen zugelassen werden darf, daß Kartellbildung und Kartellpolitik in der Eisenwirtschaft sich weiterhin auf dem Rücken der Verbraucherschaft und damit zum Schaden der Gesamtwirtschaft vollziehen. Wir sehen auch durchaus die Möglichkeiten für gegeben, einen Neuaufbau der Eisenkartelle in ihrer alten Form zu verhindern oder zum mindesten zu erschweren. Es ist wenig bekannt, daß die im Reichsbesitz befindlichen Werke heute bereits in einem nicht unbeachtlichen Umfange an der Stahlerzeugung beteiligt sind. Wenn auch die Reichsbeteiligung an der Ilseber Hütte infolge der Obstruktionspolitik dieses Unternehmens gegen das Reich außer Gewicht fällt, so nehmen doch die Rheinmetall, deren Aktien sich zur Hälfte im Reichsbesitz befinden, sowie neuerdings durch die Modernisierung des Stahlwerks und durch die Errichtung eines neuen Walzwerks auch die Deutschen Werke in Spandau eine gewisse Stellung innerhalb der gesamten Eisenwirtschaft ein. Der Anteil dieser beiden genannten Werke an der gesamten Stabeisenerzeugung dürfte zum Beispiel immerhin bereits mehr als 5 vH der gesamten Stabeisenerzeugung betragen. Diese Werke müßten unseres Erachtens ihren Eintritt in die neuen Verbände von einer maßvolleren Preisstellung für das

Inland abhängig machen und falls sie hiermit nicht durchdringen, außerhalb der Verbände bleiben; sie wären wohl imstande, die Verbände zur Nachgiebigkeit zu bringen. Es kommt ferner hinzu, daß sich endlich auch in den Kreisen der eisenverbrauchenden Industrie ein gewisser Widerstand gegen das Preisdiktat der Eisenerzeuger geltend macht. Wenn auch der Hauptteil der eisenverbrauchenden Industrie, insbesondere die Maschinen- und Fahrzeugindustrie mit der Schwerindustrie schon aus sozialpolitischer Gefolgschaft durch dick und dünn geht, so scheinen doch, besonders aus den Kreisen des neugebildeten Zentralverbandes der Metallwarenindustrie, Abwehrbestrebungen gegen die Monopolwillkür der Eisenerzeuger und gegen die Überteuering des Eisenmaterials für den Inlandsbedarf sich geltend zu machen.

Aber diese beiden genannten Seiten werden nur dann erfolgreich die Erneuerungsverhandlungen der Eisenverbände beeinflussen können, wenn die staatliche Wirtschaftspolitik sie unterstützt. Die Neuorganisation der Eisenwirtschaft ist nach der jahrelang von der Schwerindustrie geübten Preispolitik und nach der Aussperrung nicht mehr eine Angelegenheit einzelner Wirtschaftsgruppen, sondern bei der Bedeutung der Eisenindustrie für die Gesamtwirtschaft zu einer Angelegenheit stärksten öffentlichen Interesses geworden. Der Wirtschaftsminister hat in den letzten Jahren, anstatt gegen offensichtliche Willkürmaßnahmen der Eisenindustrie einzuschreiten, sich mit privaten Zusicherungen der Industrie über ihr zukünftiges Verhalten begnügt, die jedoch nicht eingehalten worden sind. Wir glauben, daß bei einem Wirtschaftskörper von einer derartigen Macht, wie ihn die Schwerindustrie darstellt, die staatliche Aufsicht, auch wenn sie wirksamer als bisher ausgeübt wird, auf die Dauer nicht ausreicht, daß vielmehr die Eisenwirtschaft so wie die Kohlenwirtschaft einem Selbstverwaltungskörper unterstellt werden muß, der entgegen der bisherigen privatmonopolistischen Wirtschaftsführung in der Eisenindustrie gemeinwirtschaftlichen Tendenzen zur Wirksamkeit verhilft. Die Sozialdemokratische Partei hat demgemäß auf Anregungen, die an dieser Stelle zuerst gegeben worden sind, von der Reichsregierung die Errichtung eines Selbstverwaltungskörpers für die Eisenwirtschaft gefordert. Aber so erwünscht es vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt und von den Interessen der Arbeitnehmerschaft aus wäre, daß diese für die Zukunft der Eisenwirtschaft so eminent wichtige Verbandsneubildung sich schon unter der Kontrolle der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, also unter offizieller Beteiligung und Mitverantwortung der Arbeitnehmerschaft und Verbraucherschaft vollziehen würde, so besteht doch wenig Hoffnung, daß in so kurzer Zeit die gesetzlichen Grundlagen für die Neuschaffung eines arbeitsfähigen Selbstverwaltungskörpers in der Eisenindustrie zustandekommen. So wird also die Hauptverantwortung für die zukünftige Gestaltung der Eisenwirtschaft bei den staatlichen Wirtschaftsinstanzen ruhen. Wir hoffen, daß diese Stellen sich der Größe der Verantwortung bewußt sind, den Gang der Verhandlungen aufs intensivste verfolgen und ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß die Neuorganisation der Eisenwirtschaft den gesamtwirtschaftlichen Interessen nicht zuwiderläuft.

Wirtschaftsführer — Wirtschaftsführer?

Vom Frankfurter Versicherungsfall bis zur Raiffeisenpleite
und der Klarekorrption

F. Petrich (Gera)

Die Leidenschaften und Instinkte werden aufgepeitscht. Schlagworte und Parolen der tollsten Art werden in drei Spalten Breite, als ob die Zeitungen bersten sollten, in die Öffentlichkeit geschleudert. Spannung, künstlich gesteigert, liegt in der Luft, an die bösen Katastrophenjahre der Inflationszeit erinnernd. Es ist nicht allein der rechtsradikale Kampf gegen den Youngplan, der das wilde Lohwabohu erzeugt. Vielmehr sind es bestimmte Vorgänge in der privaten und öffentlichen Wirtschaft, die der äußere Anlaß zu der hochgradigen Erregung sind: Peinliches Versagen prominenter Personen, offenkundige Mißwirtschaft, planmäßige Korruption. Das ist keine Uebertreibung, das ist der nackte Sachverhalt. Gerade wir Sozialisten aber haben die dringendste Veranlassung, uns mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, und zwar nicht bloß insoweit, als das Tagesbedürfnis es erfordert, sondern grundsätzlich, positiv Lehren und Nutzenwendungen für die Gegenwart und Zukunft ziehend. Schließlich müssen doch diejenigen, die eine ungerechte und brutale Weltordnung umgestalten und verbessern wollen, bei sich selber anfangen.

Nach diesem Grundsatz ist aber in der Berliner Stadtverwaltung zweifellos seit Jahr und Tag nicht gehandelt worden. Die gerichtliche Untersuchung, die nun schon seit Wochen betrieben wird, belastet einen immer größer werdenden Kreis verantwortlicher Männer. Nicht nur gegen die Stadtbankdirektoren und ihre Verbindungsleute ist die Anklage erhoben worden, sondern es ist auch jetzt der Stadtkämmerer selbst mit seinen Helfern an der Reihe, und wenn das so weiter geht, ist sogar damit zu rechnen, daß noch gegen den Oberbürgermeister Böß ein Verfahren eröffnet wird. Es ist ein schlechter Trost, wenn man feststellen kann, daß nicht die Vertreter nur einer Partei, sondern Angehörige aller Parteien an dieser Korruption beteiligt sind, deren Schaden vorläufig auf neun Millionen Mark beziffert wird. Das Prinzip des Resignierens und daß jeder vor der eigenen Tür lehren soll, ist in solchen Fällen ein schlechtes und verwerfliches Prinzip, denn es eröffnet nicht den Weg zur Einkehr und zur wirklichen Besserung. Die Probleme, die sich aus diesen Vorgängen ergeben, bedürfen wirklich einer sehr ernststen Prüfung, zumal die viel angefeindete Wirtschaft der öffentlichen Hand, besonders jetzt, im Angesicht der groß angelegten Kapitalbildungsaktion der Unternehmerschaft und der Finanzreform des Reiches, die nach den gleichen Gesichtspunkten erfolgt, mit einer erbitterten Gegnerschaft zu rechnen hat und weiterhin zu rechnen haben wird. Uner-schrockene Selbstkritik ist also dringend am Platze. Wenn die Wirtschaftsdemokratie schon einen realen Sinn haben soll, so ist eine ihrer wesentlichsten Aufgaben, mit jenen Auswirkungen fertig zu werden, die wir als die ständigen Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems hinreichend kennen. Sowohl in der Sache, in der Organisation, in der Verwaltung, in der gesamten Wirtschaftlichkeit, als auch in der persönlichen Führung

muß die öffentliche Wirtschaft der privaten Wirtschaft überlegen sein. Je eher und durchgreifender die öffentliche Wirtschaft mit dieser schwierigsten Aufgabe, die ihr von der Gegenwart gestellt ist, fertig wird, desto besser ist es für sie selbst und darüber hinaus für den Gemeinwirtschaftsgeanken überhaupt.

Nach diesen Feststellungen einige Worte der Richtigstellung und der Abwehr. Es ist bodenlose Heuchelei, wenn die Klopffechter und Demagogen der kapitalistischen Bourgeoisie jetzt daherkommen und sich in maßloser moralischer Entrüstung über die Korruption in der öffentlichen Wirtschaft ergehen. Wie billig, wie bequem, wie verlogen! Ist nicht, wie jeder Eingeweihte weiß, die Korruption in der privaten Wirtschaft um das Vielsache größer als in der öffentlichen? Hat das nicht gerade die jüngste Vergangenheit gelehrt? War es nicht schon immer so? Und die Republik? Sind nicht die Korruptionsfälle des Kaiserreichs riesengroß gegenüber ähnlichen Vorgängen in der Republik? Und endlich und schließlich: welcher Geist, welche Ideale sind es, die sich in jedem Korruptionsfall dokumentieren? Ist es nicht der Geist des Kapitalismus, des Mammonismus, der schnöden Geldgier, der hier seinen Ausdruck findet — jener verfluchte Ungeist des Wett-eifers im zügellosen Konkurrieren ebenso wie im kurzfristigen Genießen? Der Kapitalismus als ökonomische und gesellschaftliche Ordnung ist der Nähr- und Mutterboden jeder Korruption! Mehr als das! Wenn das Geld nach Augier, bemerkt Marx einmal treffend, mit natürlichen Blutflecken auf einer Bade zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztiefend. Und er fügt hinzu: Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; zwanzig Prozent, es wird lebhaft; fünfzig Prozent positiv waghalsig; für hundert Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; dreihundert Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. Das ist seit Jahrhunderten kapitalistische Wirklichkeit!

Die privaten Wirtschaftsführer sichts allerdings so leicht nichts an! Dickhäutigkeit und Skrupellosigkeit sind ihnen angeboren. In ihrer Presse lassen sie täglich, gestützt auf eine beispiellose Kapital- und Machtfülle ihre Unfehlbarkeit und Unerseßlichkeit verkünden. Glückliche Menschen! Für Wirtschaftspolitiker aus der Arbeiterklasse haben sie nur ein überlegenes Raserumpfen und Achselzucken übrig: diese Laien, diese einfältigen Toren, die nie begreifen werden, was man dem Profit schuldig ist. Und diese unbefleckte Wirtschaftsmoral: Lauter fleißige, tüchtige, fach- und fachkundige Männer, selbstlos, unbestechlich. Es ist, wenn man etwa einen Leitartikel der „Arbeitgeberzeitung“ oder der „Deutschen Bergwerkszeitung“ behaglich genossen hat, außerordentlich schwer, keine Satire zu schreiben: Die Schwarzweißmalerei, die da namentlich in punkto Wirtschaftsführer getrieben wird, ist schlechterdings löstlich — auf der einen Seite alle Fähigkeiten und Tugenden, auf der anderen Seite das krasse Gegenteil davon. Oder man lese die Urteile einer großen Zahl deutscher Unternehmer, die sie anlässlich der Jahresversammlung des Reichsverbandes der Industrie über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie abgegeben haben. Diese Pro-

dukte eines verblendeten Scharfmachergeistes liegen jetzt in einer Broschüre vor, die massenhaft vertrieben wird. Imponierend sind die Gedanken, die da vertreten werden, für niemanden, weder für den Anhänger, noch für den Gegner des kapitalistischen Systems. Sie bringen alles auf die einfache Formel, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Herrschaftsstellung des einzelnen Unternehmers unbedingt aufrecht erhalten werden müsse. Das ist die Grundlage, auf der das Kapital eine Verständigung mit der Arbeiterklasse für möglich hält — eine Verständigung, die die Aufrechterhaltung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zur ersten Voraussetzung hat.

Am schlimmsten kommen in der Unternehmerpresse die Wirtschaftsführer der Arbeiterklasse weg. Was soll auch ein Wirtschaftspolitiker der Arbeiterklasse, der jahrelang im Betriebe tätig war, der praktisch und theoretisch wirtschaftlichen Problemen nachging, von wirtschaftlichen Dingen verstehen? Er wird es, selbst wenn er es längst begriffen hat, nach den Urteilen der geborenen privaten Wirtschaftsführer nie begreifen, nie lernen können. Das können nur die anderen, die Besitzer der Produktionsmittel und deren gelehrte Apologeten. Das ist eine Kategorie für sich. Sie werden immer das Preislied der Mächtigen und Besitzenden singen. Selten, höchst selten, daß einmal ein Ideologe des Bürgertums sich emporarbeitet zur Erkenntnis der geschichtlichen Situation.

Wägen wir die jüngsten Ereignisse, die den Charakter der Korruption tragen, objektiv gegeneinander ab. Dem Fall der Klareks in Berlin stehen allein in den letzten Monaten eine ganze Reihe viel schwererer der privaten Wirtschaft gegenüber — ganz zu schweigen von den zweifellos noch viel zahlreicheren Fällen, die gar nicht erst das Licht der Öffentlichkeit erblicken, die von einflußreichen Kreisen geschickt zugebedt werden. Da ist zunächst der Fall der Frankfurter Versicherungsgesellschaft, der das völlige Verjagen einer großen Anzahl einflußreicher, hochangesehener Wirtschaftsführer erkennen ließ. Sie haben nicht nur versagt in der Person, sondern es sind außerdem die schlimmsten Mißstände und Fehler in der Sache selbst zu verzeichnen. Das private Versicherungsweisen ist bis zur Stunde so aufgebaut, daß es der Desorganisation und der Willkür der Direktoren gänzlich ausgeliefert ist. In der bürgerlichen Handelspresse hat man, als der Skandal ruchbar wurde, viel gewehklagt, man hat auch Verbesserungsvorschläge gemacht, aber es blieb ausgerechnet den viel verlästerten freien Gewerkschaften vorbehalten, solche Reformvorschläge zu machen, die den Kern des Übels treffen. Einer positiven Stellungnahme zu diesen Vorschlägen ist man von bürgerlicher Seite bisher ausgewichen, und es wird wahrscheinlich die „alterprobte Taktik“ fortgesetzt werden, auf die Gewerkschaften zu schimpfen, statt auf sie zu hören. Den belasteten Direktoren der Frankfurter Versicherungsgesellschaft wird kaum der Prozeß gemacht werden, von einer Wiedergutmachung des angerichteten Schadens gar nicht zu reden.

Da ist der Fall der Raiffeisenbank. Ein Genossenschaftsunternehmen zwar, aber was für eines: Von wahrhaft kapitalistischem Geiste erfüllt! Eine Bande von deutschnationalen Freibeutern, lauter Gentlemen im

bürgerlichen Leben, hat die Raiffeisenbank nach Hochstaplermanier ausgebeutet. Der Schaden: 60 Millionen Mark! Vertan, verpulvert, in verfrachte private Schwindelunternehmungen gesteckt, verspekuliert, in das bodenlose Nichts geschleudert. Preußen saniert, als Gegenleistung darf es einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzen, der den Riesenschwindel enthüllt. Aber Wiedergutmachung oder Bestrafung? Kein Gedanke, je größer die Korruption, desto schwerer strafrechtliche Faßbarkeit. Mit anderen Worten: Je größer das Panama, um so besser für die berufsmäßigen Betrüger. Diese Wirtschaftsmoral, nach der die kleinen gehängt, die großen aber laufen gelassen werden, ist in der Tat durchaus kapitalistisch.

Weiter — die Wiener Bodenkreditanstalt, ein Eldorado für die strupellosesten Gaunereien. Man hat sich Millionen über Millionen ohne die geringste Gegenleistungen auszahlen lassen, hat willkürlich Dividenden festgesetzt, die in der Rentabilität der Bank in keiner Weise begründet waren, hat die Heimwehren finanziert, hat mit diesen Methoden das gesamte Kreditwesen des schwer um seine Existenz ringenden kleinen österreichischen Staates gefährdet. Feststellbarer Schaden: über 50 Millionen Schilling — vergeudet durch die gewissenloseste Korruption.

Und weiter — der jüngste Bankkrach in Kiel. An der Spitze des Instituts stehen die Spitzen der Gesellschaft: Bankdirektoren, Generale, Admirale, Gelehrte — alle haben sich bereichert, haben auf dem Kapital des Unternehmens gewirtschaftet, als ob es unerschöpflich wäre. Die Stadt ist schwer getroffen. Was macht's? Morgen oder übermorgen ist es eine andere Gruppe unerfättlicher Großverdiener, die die Allgemeinheit pressen. Ueber die kleinen alltäglichen Gaunereien und Bestechungen kann man gern zur Tagesordnung übergehen.

Will man also moralische Maßstäbe anlegen, will man die Moral zum entscheidenden Kriterium des Wirtschaftsführertums machen, dann bitte, gefälligst nach beiden Seiten. Dann werden wir das intellektuelle und moralische Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsführung, das die Ursache von so viel Not und Elend ist, gebührend kennzeichnen. Die verantwortlichen Führer der Gemeinwirtschaft aber sollen daraus lernen. Sie tragen gegenüber ihren Auftraggebern die höchste Verantwortung, die Wirtschaftsführer je getragen haben. Ihre Tätigkeit verlangt gewiß Tüchtigkeit, aber sie erfordert in noch höherem Maße Charakter und Gesinnung, Hingabe und Ehrlichkeit. Darin soll die öffentliche und vergesellschaftete Wirtschaft sich grundlegend von der privaten Profitwirtschaft unterscheiden.

Die gewerblichen Betriebe in Deutschland in den Jahren 1927 und 1928

Wl. Woytinsky (Berlin)

Solange wir keine laufende Produktionsstatistik besitzen, sind wir für die Information über die Entwicklung der deutschen Industrie und ihrer einzelnen Zweige in erster Linie auf die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbehörden angewiesen. Freilich beziehen sich diese Berichte nur

rechnerische Arbeit, die das Reichsamt bei der Veröffentlichung der Statistik der Gewerbeaufsichtsbehörden unterläßt.

Die Zahl der Mittel- und Großbetriebe und der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

im Jahre 1926	251 172 Betriebe mit	8 882 744 Arbeitnehmern
" " 1927	273 937 " "	10 391 049 "
" " 1928	282 665 " "	10 708 962 "

Im Jahre 1927 nahm die Zahl der Betriebe um 22 765, die der Arbeitnehmer um 1 508 305 zu, was der Wiederauffüllung des im Krisenjahr 1926 stark eingeschrumpften Gewerbes entsprach. Im Jahre 1928 ist die Zahl der Mittel- und Großbetriebe um 8728 gestiegen und ihnen sind 317 913 Arbeitnehmer zugeslossen. Das Statistische Reichsamt betont mit Recht, daß die Zunahme der Betriebe und des Personals nicht in vollem Umfange als Neuzugang für das Gesamtgewerbe bewertet werden darf, sondern zum Teil dadurch bedingt ist, daß bestehende Kleinbetriebe durch Personalvermehrung in den Erhebungsbereich (fünf und mehr Arbeitnehmer) hinausgerückt werden. Aber auch unter Ausschaltung der hinausgerückten Betriebe, deren Zahl auf etwa 9000 zu schätzen wäre, bleibt die Tatsache bestehen, daß im Jahre 1928 in den Mittel- und Großbetrieben um etwa 280 000 mehr Arbeitnehmer beschäftigt waren als im Vorjahre. Bemerkenswert ist nur, daß diese Zahl sich fast genau mit derjenigen des Neuzugangs an Arbeitsuchenden auf dem deutschen Arbeitsmarkt deckt. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland (in Tausend):

	Männliche	Weibliche	Zusammen
Anfang 1925	20 463	11 419	31 882
" 1926	20 745	11 558	32 303
" 1927	21 018	11 686	32 704
" 1928	21 311	11 825	33 136
" 1929	21 574	11 938	33 512

Dementsprechend wären der Erwerbstätigkeit (das heißt der selbständigen Arbeit sowie dem Lohnerwerbe) zugeslossen:

im Jahre 1925	421 000 Personen	im Jahre 1927	432 000 Personen
" " 1926	401 000 " "	" " 1928	376 000 " "

Will man annehmen, daß das Verhältnis zwischen der Zahl der selbständigen Erwerbstätigen und den Arbeitnehmern inzwischen unverändert blieb und wie im Jahre 1925 (nach der Berufszählung) auch weiter 65,2 vH der erwerbstätigen Bevölkerung auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen waren, dann kann man den Zugang an Arbeitsuchenden wie folgt veranschlagen:

im Jahre 1925	274 000 Personen	im Jahre 1927	281 000 Personen
" " 1926	261 000 " "	" " 1928	244 000 " "

Von Mitte 1927 bis Mitte 1928 würden es ungefähr 260 000 Personen gewesen sein. Dieser Zugang an Arbeitskraft wurde denn auch in vollem

Umfange von den gewerblichen Mittel- und Großbetrieben aufgenommen. Falls diese Berechnung stimmt und in der Landwirtschaft sowie im Handwerk keine nennenswerten Verschiebungen eingetreten sind, dürfte der Arbeitsmarkt im Jahre 1928 etwa in demselben Maße wie im Vorjahre belastet sein. Diese Vermutung wird übrigens von der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik bestätigt. In den mittleren Jahresmonaten (in denen Saisonstörungen nicht in Erscheinung treten) waren unter den Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos:

	1927	1928		1927	1928
April	9,0	6,9 vH	Zuli	5,6	6,3 vH
Mai	7,1	6,3 "	August . . .	5,1	6,5 "
Juni	6,4	6,2 "	September .	4,7	6,6 "

Im Durchschnitt 1927: 6,3 vH, 1928: 6,5 vH

Man gelangt also zur Feststellung, daß im Jahre 1928 die Arbeitslosigkeit auf der Höhe des Vorjahres blieb, weil die angewachsene Nachfrage nach Arbeitskraft seitens der gewerblichen Betriebe der natürlichen Vermehrung der Arbeitsuchenden die Wage hielt.

Die nachfolgenden Zahlen zeigen, wie die vom Gewerbe neu aufgenommenen Arbeitskräfte sich auf die Industrie einerseits und den Handel und Verkehr andererseits sowie auf die Mittel- und Großbetriebe verteilen.

Unter den den Gewerbeaufsichtsbehörden unterstellten Betrieben wurden gezählt:

Betriebsart	1926		1927		1928	
	Betriebe	mit Arbeitnehmern in 1000	Betriebe	mit Arbeitnehmern in 1000	Betriebe	mit Arbeitnehmern in 1000
Industrie u. Handwerk:						
Mittelbetr. (5—50 Arb.)	160 482	2100	167 002	2310	171 089	2359
Großbetr. (über 50 Arb.)	27 855	5460	31 937	6557	32 565	6714
Zusammen	188 337	7560	198 939	8867	203 654	9073
Handel und Verkehr:						
Mittelbetr. (5—50 Arb.)	56 228	671	61 603	749	64 263	795
Großbetr. (über 50 Arb.)	3 215	463	3 810	580	4 164	630
Zusammen	59 443	1134	65 413	1329	68 427	1425

Die Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer betrug also:

	1926/27	1927/28
In den Mittelbetrieben in der Industrie	210 000 (10,0 vH)	49 000 (2,1 vH)
" " Großbetrieben " " " "	1 097 000 (20,1 ")	157 000 (2,4 ")
In der Industrie überhaupt	1 307 000 (17,3 vH)	206 000 (2,3 vH)
In den Mittelbetrieben im Handel u. Verkehr .	78 000 (11,6 vH)	48 000 (6,1 vH)
" " Großbetrieben " " " "	117 000 (25,4 ")	50 000 (8,5 ")
Im Handel und Verkehr überhaupt	195 000 (17,3 vH)	98 000 (7,2 vH)

Im ersten Jahre nach der großen Rationalisierungskrise stieg die Nachfrage der Industrie sowie des Handels und Verkehrs nach neuen Arbeitskräften gleichmäßig (hier und dort um 17,3 vH) an; dabei handelte es sich in erster Linie um den Ausbau der Großbetriebe: ihre Belegschaften nahmen in der Industrie um 20,1 vH, im Handel und Verkehr sogar um 25,4 vH zu, während die Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer in den Mittelbetrieben nur halb so stark war.

Ganz anders im Jahre 1927/28: in diesem Jahre vergrößerte die Industrie ihre Belegschaften nur um 2,3 vH, der Handel und Verkehr aber um 7,2 vH. Das Statistische Reichsammt glaubt daraus auf eine „noch nicht abgeschlossene Strukturverschiebung des deutschen Wirtschaftskörpers nach der Seite der Güterverteilung“ schließen zu können. Eine solche Verschiebung findet übrigens nicht in Deutschland allein statt, sondern auch in den meisten anderen kapitalistischen Ländern: überall läßt sich in der beruflichen Gliederung der Bevölkerung die Gesetzmäßigkeit erkennen, daß die Merkantilisierung (Entwicklung des Handelsapparats) die Industrialisierung überholt. Dies erklärt sich daraus, daß trotz aller moderner und modernster Erfindungen die Maschine in der Güterverteilung nicht in demselben Maße die menschliche Kraft ersetzen kann, wie sie dies in der Produktion tut.

Eine andere Eigentümlichkeit der Entwicklung der deutschen Industrie im Jahre 1927/28 im Vergleich zum Vorjahre ist, daß die Mittel- und Großbetriebe ihre Belegschaften fast gleich stark erweitert haben (um 2,1 beziehungsweise 2,4 vH). Machte die Konzentrationsbewegung in diesem Jahre halt oder ist die Erklärung anderswo zu suchen? Es läßt sich vermuten, daß in diesem Falle in den industriellen Betrieben zwei entgegengesetzte Tendenzen wirkten.

Die Industrie als ganzes war in fortlaufender Entwicklung begriffen, die Produktion im Jahre 1928 war größer als im Vorjahre, und zwar nicht um 2,3 vH (Zunahme der Belegschaften), sondern um bedeutend mehr (weil auch die Produktion pro Kopf der Belegschaften gestiegen ist). Da aber die Produktion der Betriebe durch die Aufnahmefähigkeit des Marktes beschränkt ist, wird ihre Nachfrage nach der Arbeitskraft durch das Verhältnis zwischen Absatzmöglichkeiten und dem technischen Fortschritt (Rationalisierung, Mechanisierung usw.) bestimmt. Nehmen zum Beispiel die Absatzmöglichkeiten (und dementsprechend die Produktion) der Industrie um 10 vH zu, dann muß die Belegschaft vergrößert werden:

bei unveränderter Technik und Organisation der Betriebe um. . .	10 vH
bei einer um 2 vH gestiegenen Produktivität pro Arbeiter um rund	8 "
" " " 4 " " " " " " " "	6 "
" " " 6 " " " " " " " "	4 "
" " " 8 " " " " " " " "	2 "

Bei Steigerung der Produktivität der Arbeit um 10 vH kann der Betrieb auf neue Anstellungen überhaupt verzichten. Nun kann es geschehen, daß die technische Umstellung der Großbetriebe diejenige der Mittelbetriebe auf die Weise überholt, daß sie, trotz ihrer steigenden Bedeutung, die Belegschaften nur unerheblich oder auch gar nicht ver-

größern. In diesem Falle kann die Konzentrationsbewegung keine genaue Spiegelung in der Gruppierung der Arbeitnehmer finden.

Innerhalb der einzelnen Gewerbebezüge sind im Jahre 1927/28 uneinheitliche und zum Teil entgegengesetzte Entwicklungstendenzen zu erkennen. Die nachstehende Tabelle gibt die Verteilung der den Gewerbeaufsichtsbehörden unterstehenden Betriebe kurz wieder.

Die der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betriebe in den Jahren 1927 und 1928

	1927		1928	
	Betriebe	Arbeitnehmer	Betriebe	Arbeitnehmer
Industrie und Handwerk:				
Bergbau	1461	694 322	1376	689 777
Industrie der Steine und Erden . .	15 902	645 684	16 190	655 992
Eisen- und Metallgewinnung	2 247	387 709	2 280	378 492
Herstell. von Eisen-, Stahl- u. Met.war.	19 812	634 424	19 995	652 117
Maschinen-, Apparate- u. Fahrzeugbau	13 153	1 079 512	13 394	1 112 187
Elektrotechn. Ind., Feinmech. u. Optik	6 959	423 008	7 226	464 443
Chemische Industrie	4 015	309 508	4 039	324 985
Textilindustrie	12 696	1 130 941	12 680	1 130 859
Papierind. u. Vervielfältigungsgewerbe	10 837	514 991	11 005	534 427
Leder- und Linoleumindustrie	2 313	91 875	2 285	90 868
Kautschuk- und Asbestindustrie	431	57 896	462	59 095
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	26 779	554 962	27 135	561 735
Musikinstrumenten- u. Spielwarenind.	1 648	69 759	1 672	71 960
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	25 434	743 742	26 814	775 844
Bekleidungs-gewerbe	21 194	541 441	21 141	537 005
Baugewerbe	31 129	841 544	32 964	885 276
Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewerbe	2 909	145 366	2 996	148 164
Zusammen	198 939	8 866 684	203 654	9 073 226
Handel und Verkehr:				
Handels-gewerbe	49 867	948 852	51 147	1 008 314
Versicherungswesen	1 641	47 089	1 634	46 677
Verkehrswesen	2 704	156 853	2 817	170 243
Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe .	11 201	176 348	12 829	199 427
Zusammen	65 413	1 329 142	68 427	1 424 661
Sonstiges	9 585	195 223	10 584	211 075
Zusammen	273 937	10 391 049	282 665	10 708 965

Ein absoluter Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer fand im Bergbau in der Eisen- und Metallgewinnung, in der Lederindustrie und im Bekleidungs-gewerbe statt¹. Die stärkste Zunahme der Belegschaft weisen die chemische und elektrotechnische Industrie auf, zwei Industriezweige, die man als Träger des modernen technischen Fortschritts betrachten kann. Die prozentuale Zu- oder Abnahme der Zahl der Arbeitnehmer in den einzelnen Industrie-gruppen von 1926 auf 1927 und von 1927 auf 1928 ist aus den nachfolgenden Prozentzahlen ersichtlich:

¹ In der Textilindustrie ist die Zahl der Arbeitnehmer von 1 130 941 auf 1 130 859 zurückgegangen, dieser geringe Rückgang (um weniger als 0,01 vH) braucht aber nicht berücksichtigt zu werden.

	1926 auf 1927	1927 auf 1928
Bergbau, Salinentwelen und Torfgräberei	2,6	0,7
Industrie der Steine und Erden	16,9	1,6
Eisen- und Metallgewinnung	18,7	2,4
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	14,4	2,8
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	25,3	3,0
Elektrotechn. Industrie, Feinmechanik und Optik	15,3	9,8
Chemische Industrie	10,2	5,0
Textilindustrie	21,0	0,0
Papierindustrie und Vielfältigungsgerwerbe	10,7	3,8
Leder- und Linoleumindustrie	13,7	1,1
Kautschuk- und Albestindustrie	20,6	2,1
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	19,0	1,2
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	9,7	3,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	8,6	4,3
Bekleidungsgerwerbe	19,3	0,8
Baugewerbe	39,1	5,2
Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung	4,7	1,9

Das Reichsamt betont nicht ohne Recht, es herrsche im einzelnen der Eindruck vor, daß Industrien, die bereits im Jahre 1927 eine starke Vermehrung des Personals durchgeführt haben, im Laufe des Jahres 1928 nur unbedeutende Neueinstellungen vornahmen. Umgekehrt zeigen Industriegruppen, bei denen sich die Wiederauffüllung der Betriebe im Jahre 1927 in langsamerem Tempo vollzogen hat, im Jahre 1928 ein stärkeres Anwachsen der Arbeitnehmerzahl.

Zunahme der Arbeitnehmer in einigen Industriezweigen von 1926 auf 1927 u. 1927 auf 1928

Industriezweige	Arbeitnehmer			Zunahme (vH)	
	1926	1927	1928	1926 auf 1927	1927 auf 1928
Herstellung von Kunststoffe	24825	32966	40258	32,8	22,1
Reinigung und Wiederaufarbeiten v. Textilerzeugnissen	34412	41195	47053	19,7	14,2
Keibel- und Apparatebau	77326	96101	109081	24,3	13,5
Feine Steinbearbeitung	18171	20389	23074	12,2	13,2
Herstellung v. Obst- u. Gemüsekonserven	24515	28750	31903	17,3	11,0
Elektrotechnische Industrie	273861	321344	354946	17,3	10,5
Leerfarbenindustrie	9478	10274	11257	7,7	9,6
Wälerei und Striderei	138997	169479	182795	21,9	7,9
Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin	20683	24062	25945	16,3	7,8
Feinmech. u. optische Industrie	93160	101664	109497	9,1	7,7
Teppich- u. Möbelstoffindustrie	19228	26911	28984	40,0	7,7
Papierherzeugung	167906	117057	124641	8,5	6,5
Chemische Großindustrie	96636	107397	113925	10,0	6,1
Stickstoff- und Karbidindustrie	21501	27772	29403	22,3	5,9

Selbstverständlich kann dies nur als eine allgemeine Tendenz gelten: in einigen Gewerbelassen fand von 1926 auf 1927 sowie von 1927 auf

1928 eine ununterbrochene Entwicklung statt, die von der steigenden Bedeutung der betreffenden Wirtschaftszweige zeugt.

Es wäre lehrreich, dem Aufstieg dieser Betriebsgruppen die Arbeitslosenzahlen in den betreffenden Berufen gegenüberzustellen. Leider ist es nicht in vollem Umfange möglich, weil die Arbeitslosenzahlen der Verbände nicht bis auf kleinere Produktionszweige aufgegliedert werden können. Am schwersten fällt dabei der Mangel an aufgegliederten Zahlen beim Metallarbeiter-Verband ins Gewicht. Allerdings ist festzustellen, daß die Gruppen „Wirkerei und Strickerei“ im Textilarbeiterverband, ebenso wie die Branchen „Chemie“ und „Papierherstellung“ im Fabrikarbeiterverband im Jahre 1928 ziemlich gut beschäftigt waren. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern waren nämlich arbeitslos:

	Im Jahresdurchschnitt	
	1927	1928
In der Branche „Wirkerei und Strickerei“ . . .	3,5	2,9 vH
„Chemie“	8,1	5,8
„Papierherstellung“	4,7	3,3

In den nachfolgenden Industriezweigen stieg die Zahl der Arbeitnehmer von 1926 auf 1927 und ging von 1927 auf 1928 zurück:

Industriezweige	Zahl der Arbeitnehmer			Zunahme	Abnahme
	1926	1927	1928	1926 auf 1927	1927 auf 1928
Gewinnung von Erzen.	39 107	41 162	36 795	5,3	— 10,6
Herstell. von Kämmen u. Haarschmud, von Bernstein, Eisen- und Perlmutterwaren	17 299	19 860	17 914	14,8	— 9,8
Papierveredlung	8 263	8 602	7 765	4,1	— 9,7
Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei	31 875	43 686	39 823	37,0	— 8,8
Stellmacherei u. Holzwagenbau	24 681	28 584	26 437	15,8	— 7,5
Schuhmacherei u. Schuhindustr.	110 631	139 993	131 311	26,5	— 6,2
Großkeramische Industrie . . .	18 184	26 456	24 865	45,5	— 6,0
Großeisenindustrie	199 696	234 356	221 494	17,4	— 5,5
Wollindustrie	184 901	214 922	209 984	16,2	— 2,3
Bau v. Land- u. Luftfahrzeugen	143 943	190 166	187 243	32,1	— 1,5

Die meisten Industriezweige dieser Uebersicht sind auch in der gewerkschaftlichen Statistik durch ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Im Jahresdurchschnitt waren unter den Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos:

	1927	1928
In der Herstellung von Kämmen usw. (Branche des Holzarbeiterverb.)	35,8	24,5 vH
„ „ Stellmacherei u. Holzwagenbau („ „ „)	19,7	15,3
„ „ Schuhindustrie	9,5	15,5
„ „ grobkeramischen Industrie (Branche des Fabrikarbeiterverb.)	10,9	11,6
Im Bekleidungs-gewerbe	12,2	13,6
In der Lederwarenindustrie (Sattler)	16,2	15,7

Allerdings gibt es eine Reihe von Berufen, bei denen die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt außerordentlich hoch ist, obwohl die be-

treffenden Gewerbebezüge im Aufstiege begriffen sind und nicht nur ihre Produktion, sondern auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter steigern: dies gilt in erster Linie für die Berufe, deren Beschäftigungsgrad starke saisonmäßige Schwankungen aufweist. Solche Schwankungen schrauben die Jahresdurchschnittszahlen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik hinauf, beeinflussen aber die Statistik der Gewerbeaufsichtsbehörden nicht.

Nimmt man das Jahr 1926 mit seinem Tiefstand der Beschäftigung zum Ausgangspunkt und betrachtet die Zunahme der Belegschaften im Laufe von zwei Jahren, so erhält man ein Bild der Bedeutung einzelner Gewerbegruppen in der seither stattgefundenen Entlastung des Arbeitsmarktes. Danach haben in den letzten Jahren von dem Gesamtzuwachs von 1,8 Millionen Arbeitnehmern das Baugewerbe (280 000), der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau (250 000) und die Textilindustrie (196 000) zusammen rund dreiviertel Millionen Arbeitskräfte, die Industrie der Steine und Erden (104 000), die Eisen- und Stahlwarenindustrie (98 000), die elektrotechnische Industrie (97 000), die Holzindustrie (96 000) und das Nahrungsmittelgewerbe (91 000), zusammen eine weitere halbe Million Arbeitskräfte aufgenommen. Von den übrigen Industriezweigen sind nur noch das Bekleidungs- (83 000), das Papier- und Druckgewerbe (69 000), die Eisen- und Metallgewinnung (52 000) und die chemische Industrie (44 000) aufzuführen.

Die deutsche Wirtschaft folgt also in den Beobachtungsjahren dem alten Weg, für den der stürmische Ausbau der Produktion von Produktionsmitteln kennzeichnend ist. Es ist jedoch nicht außer acht zu lassen, daß dieselben Produktionszweige auch von der Rationalisierungskrise im Jahre 1926 am stärksten erschüttert worden waren.

:::

:::

:::

Reparation — Finanzreform — soziale Aufgaben

Lony Sender (Berlin)

II.

Kapitalbildung — Grenzen der Soziallast

Saben wir so die Zusammenhänge zwischen Reparationsersparnis, Staatshaushalt und Sozialpolitik beleuchtet, so wollen wir uns nunmehr der Hauptargumentation der bürgerlichen Kreise für einen völligen Umbau unseres Steuersystems zuwenden. Hören wir ihre Gründe unbefangen an, so scheint es ihnen lediglich um das Wohl der Volkswirtschaft zu gehen. Immer wieder betonen sie, daß das jetzt geltende Steuersystem die Wirtschaft erdrücke und vor allem die Kapitalbildung in Deutschland drossle. Ja, man könnte fast glauben, daß der bestehende Kapitalmangel in Deutschland hauptsächlich oder ausschließlich auf die Steuerlast zurückzuführen sei. Und schließlich versteigt man sich dahin, alle in der Wirtschaft in den letzten Jahren aufgetretenen Übelstände auf die zu lange ausbleibende Finanzreform zurückzuführen, sogar die letzte Börsenkrise versucht man sich

auf so bequeme Weise zu erklären. Bringt es doch Günther Stein (im Berliner Tageblatt vom 15. Oktober 1929) fertig, wie folgt zu schreiben:

„Die Schlaganfälle, die die Börse in den letzten Tagen erlitt, mögen zwar durch manche äußeren Schreden veranlaßt worden sein, aber ihre tiefere Ursache liegt in der trostlosen Situation des deutschen Kapitalmarktes, der durch eine verständnislose Finanzpolitik noch weit stärker geschädigt worden ist, als es sich durch die sehr schweren Reparationszahlungen allein entschuldigen ließe.“

Diese und ähnliche Argumente werden von der bürgerlichen, allen voran aber von der demokratischen Presse in so stereotyper Weise vertreten, daß sie bis in proletarische Kreise hinein Eingang gefunden haben. Diese Betrachtungsweise macht es sich so bequem, daß sie einen Abschnitt deutscher Geschichte einfach aus ihrer Prüfung ausschaltet. Daß sie den einschneidendsten Vorgang einfach versinken läßt, der aber doch die wichtigste Erklärung für den zurzeit noch bestehenden Kapitalmangel liefert. Keiner von diesen Herren erwähnt, daß uns erst etwas mehr als fünf Jahre von jener beispiellosen Kapitalzerstörung trennen, die durch den mindestens zum Teil selbstverschuldeten völligen Währungsverfall die deutsche Wirtschaft getroffen hatte. Daß in dieser knappen Zeit, die seitdem verflossen, nicht alles wieder aufgebaut werden konnte, wozu im organischen Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft sonst Jahrzehnte gebraucht werden, ist doch selbstverständlich.

Daß ein Kapitalmangel in Deutschland besteht und auch die Arbeiterschaft an seiner Behebung alles Interesse hat, wird von uns nicht geleugnet. Nur muß zurückgewiesen werden, daß er wesentlich mitverursacht sei durch eine verschwenderische Finanzpolitik des Reiches. Aus den verschiedensten Ursachen heraus sind natürlich die öffentlichen Ausgaben gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Nicht nur um den Betrag der Reparationslast, sondern in kaum minder erheblichem Maße durch die Folgen des Krieges, durch die Versorgung der Kriegssopfer und andere innere Kriegslasten. Doch ist das keine für Deutschland isolierte Erscheinung. Ein Vergleich mit dem Staatsbedarf anderer Staaten erbringt den Beweis, daß sich die deutschen Staatsausgaben in verhältnismäßig erträglichen Grenzen gehalten haben. Nach einer Berechnung des Statistischen Reichsamts betrug der Finanzbedarf der öffentlichen Verwaltung im Jahre 1925 (abzüglich der Ausgaben für die Landesverteidigung, die Kolonien, den Schuldendienst und die Kriegslasten und umgerechnet auf die Kaufkraft der Reichsmark in Deutschland):

	In Milliarden Mark	Je Kopf der Bevölkerung in Mark
Deutsches Reich	10,99	180,4
Vereinigte Staaten von Amerika . .	35,54	303,4
England und Wales	9,51	244,5
Schweden	1,25	205,4
Polen	1,30	48,7

In den übrigen Großstaaten der Welt beträgt die steuerliche Belastung pro Kopf der Bevölkerung somit beträchtlich mehr, als in Deutschland; wobei wir für die Vereinigten Staaten ohne weiteres die durch den besonderen Reichtum des Landes gegebene größere Tragfähigkeit durchaus zu-

geben wollen. Ein großer Unterschied allerdings besteht zwischen einem nicht unwesentlichen Teil der Staatsausgaben der betrachteten Länder und Deutschland: Soweit die Ausgaben für den Schuldendienst in Frage kommen, bleiben sie in jenen Staaten im eigenen Lande, während sie von Deutschland an das Ausland überführt werden müssen. Für die Aufbringung selbst bedeutet dies natürlich keinen Unterschied, aber für die Kapitalbildung ist es wesentlich.

Nun aber unterstellt die eingangs erwähnte Betrachtungsweise bürgerlicher Haushaltskritiker die Unproduktivität der Ausgaben des öffentlichen Haushalts schlechthin. Dabei denken sie in erster Linie an die sozialen Ausgaben und überschauen völlig, daß diese im Grunde nichts anderes als eine Verschiebung von Kaufkraft darstellen. Die Leistungsfähigen geben einen Teil ihrer Kaufkraft an die Schwachen, zu Versorgenden ab; doch auch dieser Teil fließt alsbald wieder in die Volkswirtschaft durch die Einkäufe jener Sozialrentner usw., trägt somit auch für die Kapitalbildung in der Wirtschaft bei.

Was aber ist Kapitalbildung? Ohne daß von der Seite der Kritiker eine klare Definition gegeben würde, geht doch aus ihren Darlegungen hervor, daß für sie Kapitalbildung nur die Ansammlung von Mehrwert in den Händen des privaten Unternehmers darstellt. Die produktiven und kapitalbildenden Ausgaben der öffentlichen Hand, insbesondere der Gemeinden bleiben für sie völlig außer Betrachtung. Solange sie sich ausschließlich in der Sphäre ihres Privatunternehmens bewegen, mag das von ihrem Gesichtspunkt aus angängig sein. Sobald sie sich aber mit den volkswirtschaftlichen Aufgaben der staatlichen Finanzpolitik beschäftigen, hätte eine ernst zu nehmende Prüfung auch zu berücksichtigen jene produktiven Ausgaben für Wohnungsbau, Verkehr, Wirtschaftsförderung und produktive Anstalten der Kommunen, die im Etat 1926/27 2 $\frac{1}{4}$ Milliarden ausmachten.

Im Grunde richtet sich somit die Opposition gegen die „unerträgliche Steuerbelastung“ in erster Linie gegen die Einkommensverschiebung durch die sozialen Ausgaben und gegen die Kapitalbildung der öffentlichen Hand. Das haben Äußerungen aus denselben Kreisen bei anderen Anlässen ja auch deutlich gemacht. Eine tatsächliche Verminderung der Kapitalbildungsmöglichkeit in Deutschland wird freilich durch die Summe der an das Ausland zu zahlenden Reparationsleistung hervorgerufen — doch daran kann auch eine noch so gründliche Finanzreform nichts ändern.

Nun könnte man den Einwand erheben, daß die deutsche Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Verfassung einen besonders großen Kapitalbedarf habe und es daher auch unmaßgeblich sei, wenn ein Vergleich der heutigen Steuerbelastung mit derjenigen der Vorkriegszeit günstig ausfalle. Ausschlaggebend sei, daß in der Vorkriegszeit die Kapitalbildung den Kapitalbedarf zu decken vermochte, während das heute nicht der Fall sei. Kein Zweifel, die deutsche Kapitaldecke genügt zurzeit zur Befriedigung des Bedarfs nicht, und durch die starke, zum Teil kurzfristige Verschuldung an das Ausland und der recht hohe Zinsfuß. Aber es wird auch von Unternehmerseite nicht geleugnet werden können, daß es sich im wesentlichen um einen Rationalisierungsbedarf handelt; in einem normalen Entwicklungsprozeß der

kapitalistischen Wirtschaft vollzieht sich die Akkumulation (Ansammlung) des Mehrwerts fortlaufend und ermöglicht so auch laufend die Ausgaben für die Verbollkommnung des Produktionsapparates. Wenn durch eigne Schuld der Unternehmer in den Jahren des Krieges und der Inflation dieser Prozeß unterbrochen ward, so ist es unvermeidlich, daß erst allmählich die Rückkehr in die normale Bahn wieder erfolgen kann und in der Zwischenzeit der natürliche Ausleseprozeß sich vollziehen muß, in dem nur die erfolgversprechenden Anlagen sich behaupten werden. Dabei ist die Wiederherbeiführung eines Zustandes natürlich erstrebenswert, da die eigene Kapitalbildung wieder ausreicht und dadurch die Kapitalkosten wieder auf ein normales Maß gesenkt werden können.

Nun aber verlangt als Wortführer der Unternehmertreue Herr Gustav Stolper (Ein Finanzplan, Vorschläge zur deutschen Finanzreform, Verlag Der deutsche Volkswirt), daß für die nächsten zehn Jahre eine feste Obergrenze für die öffentlichen Ausgaben eingeführt werden müsse und beweist damit wohl am deutlichsten, wie man sich die Ermöglichung der Kapitalbildung in diesen Kreisen denkt. Denken diese Kreise daran, daß ihre Reform zu einer Hebung der Wirtschaft führen wird, so sind doch auch aus dieser gesteigerten Produktivität erhöhte steuerliche Einnahmen zu erwarten. Die Vorschrift aber, in den nächsten Jahren keinerlei Ausgabenvermehrung zuzulassen, schließt indirekt in sich die Folgerung, daß jede Einnahmenvermehrung zur Steuerenkung benutzt werden müsse. Diese Betrachtung aber übersieht oder läßt absichtlich unberücksichtigt die tatsächliche Entwicklung, in der parallel mit der Besserung der Wirtschaft auch eine Vermehrung der Bevölkerung, Ausdehnung der Städte, vermehrter Bedarf für Wohnungsbau, für Schulen usw. eintritt. Es würde dadurch erreicht, daß der Aufstieg in der deutschen Wirtschaft möglichst ausschließlich den Kreisen des privaten Unternehmertums vorbehalten bleiben soll, während die Erfüllung der sozialen und kulturellen Aufgaben daraus keine Förderung erfahren darf.

Wir wollen im Augenblick außer Betracht lassen, daß schon längst die Kapitalbildung sich nicht nur beim kapitalistischen Einkommen vollzieht, sondern daß sie eine Funktion geworden ist der öffentlichen Finanzwirtschaft und insbesondere auch der Sozialversicherung. Wenden wir uns vielmehr der Frage zu, ob eine wie immer auch gewandelte Finanzpolitik irgendeine Gewähr dafür hat, daß ihre Maßnahmen tatsächlich zu einer rationellen Verwendung des volkswirtschaftlich gebildeten Kapitals führt.

Zweck der Kapitalbildung soll doch die Produktionssteigerung sein. Soll dieser Zweck erfüllt werden, so müßte als Folge der Kapitalinvestierung auch eine Verbilligung der Produktpreise eintreten. Sinnvoll ist doch nur eine Steigerung der Produktion in dem Umfange, in dem sie auch Absatz findet. Trotz vermehrter Kapitalbildung und gesenkter Selbstkosten (nicht Preise!) wird aber der Verkaufspreis dort nicht sinken, wo die Preise der Politik der Monopolorganisation unterworfen sind. So könnte eine Erleichterung der Steuerlast des Unternehmers wohl den privatwirtschaftlichen Zweck der Kapitalansammlung erreichen, ohne jedoch den volkswirtschaftlichen Zweck einer allgemeinen Wohlstandsvermehrung zu erfüllen.

Die Unternehmer verlangen Opfer der Allgemeinheit, um die Kapitalbildung im Unternehmen zu erleichtern. Welche Garantien aber bieten sie denn diesen Opfern gegenüber für die richtige Investierung des angesammelten Kapitals? Fehlinvestitionen sind auch in der jüngsten Vergangenheit vorgekommen, sie werden um so leichter gemacht, wenn die Erweiterung der Anlagen aus laufenden Gewinnen möglich ist und nicht durch Anleihen vorgenommen werden muß, die doch nur dann gewährt werden, wenn einige Sicherheit für die Rendite vorliegt. Verlangt man somit von der Allgemeinheit, vom Staate Rücksicht auf die Kapitalbildung, so kann diese Forderung — die doch stets mit gewissen Verzichten großer Volksmassen verbunden wäre — nur daraus ihre Berechtigung ableiten, daß dem Staat auch eine Kontrolle über Kapitalinvestierung und Preisbildung eingeräumt würde. Gegen eine solche durchgreifende Kredit- und Kartellkontrolle des Reiches aber würden sich dieselben Kreise mit aller Energie zur Wehr setzen, die jetzt nicht energisch genug Rücksicht auf ihre Interessen vom Staate verlangen können. Und können uns jene Kreise irgendeine Garantie dafür bieten, daß die von ihnen selbst eingestandene Kapitalflucht nach der Steuerreform aufhören würde? Die steuerliche Entlastung würde weitere Kapitalmengen zur Flucht nach dem Ausland freimachen.

Charakteristisch ist, daß diese Kreise bei der Frage der Kapitalbildung stets ausschließlich die Kapitalakkumulation beim Unternehmer im Auge haben. Als ob es nicht eine nicht unerhebliche Kapitalbildung von unten, bei den kleineren und mittleren Einkommen gäbe. Eine Entlastung bei den oberen Einkommen und Vermögen aber bedroht gerade diese kleineren Einkommen mit erhöhten Lasten und riskiert daher, das, was der einen Seite gegeben wird, der anderen zu nehmen, das heißt den unteren Schichten das Sparen durch eine übermäßige Belastung ihrer Lebenshaltung mit Verbrauchssteuern unmöglich zu machen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Bedeutung der Steuerpolitik für die Kapitalbildung aus verständlichen Gründen sehr übertrieben worden ist und daß wir solange keine Ursache haben, von diesen Argumenten uns bestechen zu lassen, solange man dem Staate nicht auch ein Recht der Kontrolle über Kredit- und Monopolorganisationen einräumt.

Kurz müssen wir uns noch mit einem anderen grundlegenden Argument beschäftigen, das von den Eisenern für die grundlegende Finanzreform mit Nachdruck ins Feld geführt wird. Gegenüber den gestiegenen sozialen Lasten erklären sie, die Arbeiterschaft habe selbst ein Interesse daran, daß die Grenze der volkswirtschaftlichen Tragbarkeit für diese Lasten nicht erreicht oder überschritten würde. Denn, so folgern sie, sonst würde die Produktivität getroffen und die Folge sei wachsende Arbeitslosigkeit.

In dieser Allgemeinheit klingt die Argumentation recht mystisch. Man sollte doch einmal den Versuch unternehmen, klarzustellen, an welchem Punkte diese Grenze als erreicht erkannt werden kann. Wer soll das bestimmen und mit welchen Maßstäben? Der Unternehmer wird diese Ausgaben immer als lästig empfinden und bei jeder Erhöhung von Beiträgen hat er auch in der Vergangenheit stets sich dagegen gewehrt mit der Be-

hauptung ihrer „Untragbarkeit“. Sehen wir jedoch näher zu, so stellen wir fest, daß man einfach unterstellt, die Soziallast stelle eine unproduktive Ausgabe dar. Das kann aber nur die oberflächlichste Betrachtung tun. Man braucht ja nur daran zu denken, eine welch eminent produktive Ausgabe die Kranken- und Erwerbslosenversorgung darstellt. Beide Einrichtungen dienen doch der Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft. Da das gesteckte Ziel die Erweiterung der Produktion ist, so setzt das doch die künftige vermehrte Einstellung von Arbeitskräften voraus. Diese industrielle Menschenreserve aber wird durch die sozialen Einrichtungen erhalten. Ganz abgesehen davon, daß durch die sozialen Leistungen auch Kaufkraft geschaffen wird, die wiederum belebend auf den Absatz und die Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen wirkt.

In dieser ganzen Debatte über die Steuerreform hat man somit nach zwei Richtungen übertrieben: Man überschätzte gewaltig die tatsächlichen Ersparnisse, die im Staatshaushalt möglich sind, und man übertrieb nicht minder die Förderung, die die Kapitalbildung durch eine Reform des Steuerwesens erfahren könnte, solange man nicht den arbeitenden Massen die Hauptlast aufzubürden vermag. Und um dies zu verhindern, dürfte auch die heutige Macht der Arbeiterklasse schon ausreichend sein.

:::

:::

:::

Kapitalüberfremdung

W. Heide (München)

Im vorigen Jahre erregte der vollständige Verkauf der größten deutschen Automobilfabrik der Opelwerke an die amerikanischen General Motorswerke nicht unbeachtliches Aufsehen. Man fragte sich in der Öffentlichkeit mit Recht, war diese sang- und klanglose Übergabe eine zwingende Notwendigkeit? Die Frage muß unbedingt verneint werden. Gewiß herrscht in keiner Industrie eine solche Unzahl von Eigenkonstruktionen und Typen als in der deutschen Fahrzeugindustrie. Opel hat wiederholt auf den Zusammenkünften der Automobilfabrikanten auf diesen Mißstand und die Notwendigkeit der Vereinfachung hingewiesen. Allerdings bei der sprichwörtlich gewordenen Uneinigkeit der Unternehmer dieser Branche ein vergebliches Beginnen, da die einzige Politik dieser Leute bisher lediglich auf überspannte Kartellpreise und Forderungen höherer Einfuhrzölle hinauslief. Dessenungeachtet wäre für die Opelwerke kein Grund vorhanden gewesen zu verkaufen, denn der Betrieb gehört zu den bestingerichtetsten Deutschlands. Für die deutschen Banken wäre bei einem weiteren Ausbau der Werke zweifellos ein günstiges Feld für Beteiligungen entstanden. Bis heute sind die wahren Beweggründe für den Verkauf nicht bekannt geworden.

Ein ähnlicher Vorgang spielte sich, wenn auch in der Öffentlichkeit weniger bekannt, im Frühjahr 1929 ab. Zwei der größten Kugellagerfabriken in Schweinfurt, Fichtel & Sachs und Fries & Höpflinger, gingen durch restlosen Verkauf an den schwedischen Kugellagerkonzern Svenska Göteborg über. Dieser Konzern hat bereits in der Inflationszeit die SKF-Norma Stuttgart und im Jahre 1926 die Kiebertwerke Berlin aufgekauft. Letztere wurden stillgelegt. Nachdem auch erst vor wenigen Wochen die rheinische Kugellagerfabrik in den Besitz der Schweden übergegangen ist, ton-

trolliert diese Gesellschaft heute 75 vH der Kugellagererzeugung Deutschlands. Hinter der Svenska steht der mächtige schwedisch-amerikanische Finanzkonzern Kreuzer & Loh. An der Verschacherung der Schweinfurter Kugellagerfabriken hat das Bankhaus Arnold Berlin, das fast drei Viertel der Aktien von Fries & Höpflinger im Besitz hatte, hervorragenden, aber unrühmlichen Anteil.

Überhaupt hat der Verkauf der Opelwerke und der beiden Schweinfurter Kugellagerfabriken (die dritte und älteste Kugellagerfabrik Schweinfurts vorm. Fischer hat erfreulicherweise ihre Selbständigkeit behauptet) ein besonderes Schlaglicht auf den Patriotismus und das angebliche Deutschtum mancher Unternehmertreue geworfen. Opel wie Fichtel & Sachs stellten ihrer Reklame immer den Satz voran: „Deutsche, kauft nur deutsche Fabrikate bei deutschen Firmen“. Die Pförtner beider Werke hatten die strenge Anweisung, ausländische Automobile nicht durch das Fabriktor zu lassen. Wäre der Übergabe an das Ausland ein hartnäckiger Konkurrenzkampf vorausgegangen, dann könnte man die Handlungsweise der Firmen verstehen. So aber handelt es sich um ein ganz gewöhnliches Geld- und Schachergeschäft.

Nicht so ganz einfach liegen die Verhältnisse bei der AEG, die neuesten Meldungen zufolge eine enge Interessengemeinschaft mit der großen amerikanischen General-Electric-Corporation eingegangen ist. Dieser amerikanischen Konzern hat es schon seit Jahren verstanden, durch fortgesetzte Aktienaufkäufe zu einem hohen Kursstand (man spricht von 600 vH) nach und nach Einfluß in der AEG zu bekommen. Nun beteiligt sich die Corporation auch offiziell an dem deutschen Werk durch Übernahme von 30 Millionen Aktien und erhält dadurch maßgebende Bedeutung im Aufsichtsrat. Das Aktienkapital der AEG wurde im Anschluß an die amerikanische Beteiligung von 186 Millionen auf 200 Millionen erhöht. Bei dem weitverzweigten, sich in alle Industrieländer der Welt erstreckenden Absatzgebiet der AEG und der scharfen Konkurrenz des großen kapitalkräftigen amerikanischen Unternehmens mag diese Interessengemeinschaft von deutscher Seite nicht ganz freiwillig vor sich gegangen sein. Mangels jeglicher Information der Öffentlichkeit lassen sich aber auch hier die wahren Beweggründe nicht erkennen. Von Interesse ist jedenfalls, daß der Leiter der großen Siemenswerke, der Konkurrenz der AEG, in unverblümter Weise seine Mißbilligung über den von der AEG unternommenen Schritt öffentlich ausgesprochen hat.

Auf gleicher Linie liegen die erst vor einigen Monaten zum Abschluß gekommenen engen wirtschaftlichen Verbindungen in der IG Farben mit der amerikanischen IG Chemical-Corporation und der Standard-Oil-Comp. Im ersten Falle handelt es sich um die Abgrenzung des Interessengebietes, im zweiten Fall um die Überlassung von deutschen Patenten zur Verbesserung des Verfahrens zur Benzingerinnung. Allerdings scheint bei diesem Zusammenwirken der größere Vorteil auf deutscher Seite zu liegen.

Raum ist jedoch das Interesse an den bisher geschilderten wichtigen Veränderungen in der deutschen Wirtschaft etwas abgeklaut, so kommt bereits eine neue Überraschung. Zwar Kreuzer, der Leiter des schwedischen Zündholzkonzerns, kommt nach Deutschland und verhandelt mit dem Reichswirtschafts- und Finanzministerium über die Schaffung eines deutschen Zündholz-

monopols. Dabei wird auch die Frage einer Anleihe für das Deutsche Reich in Höhe von 125 Millionen Dollar erwogen. Die Blätter der rechten Parteien machten bereits in Entrüstung über Verschacherung deutscher Interessen an das Ausland. Dabei beherrscht und kontrolliert aber Kreuger schon seit Jahren 65 vH der deutschen Zündholzherzeugung. Er hat es in der Inflationszeit verstanden, die „Deutsche Zündholz AG“, die „Norddeutsche Zündholz AG“ und die „Süddeutsche Zündholz AG“ (alle drei Gesellschaften unterhielten im Norden und Süden Deutschlands größere und kleinere Zündholzfabriken) durch Kauf zu einem lächerlich geringen Preis in seinen Besitz zu bringen. Durch Preisunterbietungen zwang er die noch übrigen 23 Fabriken in Deutschland zu einer Interessengemeinschaft. Die schwedischen und deutschen Werke vereinigten sich 1926 zu einer „Deutschen Zündholz-Verkaufs-AG“ unter paritätischer Verteilung der Aktien. Kreuger behielt den Löwenanteil. Das Reich kontrollierte die Preispolitik mit der Maßgabe, daß weitere Zündholzfabriken in Deutschland nicht errichtet werden durften.

In der kurzen Zeit seines Bestehens hat das Verkaufssyndikat andauernd mit Defizit gearbeitet. Das Aktienkapital ist von 1 Million Mark auf 650 000 Mk. zusammengeschmolzen. Daß Kreuger diese Mißwirtschaft nicht länger mitmachen wollte, ist vom kapitalistischen Standpunkt aus verständlich, um so mehr als die russische Konkurrenz sich im letzten Jahre sehr stark bemerkbar machte. Kreuger erstrebt ein festes Monopol, wie er es bereits in fast allen europäischen Staaten hat. Um dieses Ziel auch in Deutschland zu erreichen, ist Kreuger bereit, Konzessionen zu machen. Das Angebot besteht in einer Anleihe an das Reich in der Höhe von 600 Millionen Mark zu 6 vH auf 50 Jahre. Vor Ablauf dieser Zeit kann der Kreditgeber keine Rückzahlung verlangen; das Reich kann dagegen bereits nach 10 Jahren mit der Rückzahlung beginnen. Trotzdem der Anteil Kreugers an der deutschen Zündholzproduktion 65 vH beträgt, bleiben die Aktien zu 50 vH in den Händen der deutschen Fabrikanten. Die Preisfestsetzung ist nach wie vor Sache des Reiches. Bedenkt man, daß Kreuger sich voraussichtlich auch gegen den Willen des Reiches in irgendeiner Form durchgesetzt hätte, dann ist der vom Reichsfinanzministerium eingeschlagene Weg zumindest erwägenswert. Nach den Vorgängen der letzten Zeit steht es den deutschen Unternehmern schlecht an, in diesem Zusammenhang von Verschacherung wirtschaftlicher Interessen des Reiches an das Ausland zu reden.

Untersucht man die Frage der Kapitalüberfremdung vom Standpunkt des Nutzens oder Schadens für die deutsche Volkswirtschaft, dann muß man Unterschiede machen. Zunächst gilt doch wohl als unbestrittene Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft bei der zugespitzten Weltwirtschaftslage und der scharfen Konkurrenz Amerikas auf Zufuhr von Auslandskapital zur Stärkung seiner eigenen Stellung nicht verzichten kann. Geschieht das dort, wo die Vermehrung der eigenen Mittel dringend erforderlich ist, dann kann auch gegen die Überlassung von Aktien an das Ausland in beschränktem Umfang nichts eingewendet werden. Diese Verbindungen können nur nützlich sein.

Im Falle Opel entsteht aber zweifellos ein Schaden, da die künftigen Gewinne des Werkes entsprechend der Beteiligung zu 80 vH nach Amerika wandern. Das wäre bei einem rechtzeitigen Eingreifen der deutschen Banken,

da es sich um einen durch und durch gesunden Betrieb handelte, zu verhindern möglich gewesen.

Die Schweinfurter Werke bezogen vor dem Verkauf ihr Rohmaterial (Stahl) in der Hauptsache von den Rheinisch-westfälischen Stahlwerken. In Zukunft wird wohl nur noch schwedischer Stahl in Frage kommen. Das bedeutet eine Benachteiligung der deutschen erzeugenden Industrie. Ob die Svenska auch eine Einschränkung der deutschen Erzeugung beabsichtigt, läßt sich im jetzigen Zeitpunkt noch nicht übersehen. Würden außer den Kiebitzwerken Berlin noch weitere Stilllegungen erfolgen, so müßte man auch hier von einer Schädigung deutscher Interessen sprechen.

Bei der AEG handelt es sich zweifellos um mehr als ein einfaches Geldgeschäft. Dieses größte deutsche Elektrizitätswerk hat sich im Laufe der Jahre ein weit ausgebreitetes Absatzgebiet in allen Industrieländern der Welt erworben. Früher oder später mußten die Interessengebiete der AEG mit denen der ebenfalls hochentwickelten amerikanischen Elektroindustrie kollidieren. Die Leitung der AEG hat es allem Anschein nach vorgezogen, statt einen Konkurrenzkampf bis aufs Messer zu führen, dessen Ausgang bei der Kapitalkraft der Amerikaner zum mindesten sehr zweifelhaft gewesen wäre, eine friedliche Ausgleichung der Gegensätze auf dem Verhandlungswege zu erreichen.

In ähnlicher Lage befindet sich auch das Deutsche Reich dem Zündholzkonkern gegenüber. Ivar Kreuger ist als Gegner nicht zu unterschätzen. Er verfügt über eine ungeheure Kapitalmacht. Wenn daher das Reichsfinanzministerium bei dem schwachen Stand der beteiligten deutschen Unternehmer in der Zündholzindustrie den Monopolbestrebungen Kreugers keinen großen Widerstand leistete, sondern durch Nachgiebigkeit Vorteile auf einem anderen Gebiete einzutauschen versuchte, so ist das bei der jetzigen finanziellen Lage des Reiches durchaus verständlich und nicht zu vergleichen mit den vorher genannten Verkäufen von ganzen Werken an das Ausland.

Im übrigen besteht keinerlei Ursache zur Schwarzseherei. Das Ineinandergreifen der Wirtschaftsinteressen einzelner Industrieländer, das in Deutschland schon mit der Gründung der „Internationalen Rohstahlgemeinschaft“ im Jahre 1926 seinen Anfang nahm, liegt durchaus in der Entwicklungslinie des Kapitalismus zu höheren Formen und ist kaum zu vermeiden. Es fragt sich nur, sollen derartige Verbindungen von deutschen und ausländischen Wirtschaftsinteressen Einzelunternehmern überlassen bleiben, die sich in vielen Fällen von reinen Privatinteressen leiten lassen, oder ist es nicht dringend erforderlich, daß sich hier der Staat als mitbestimmender Faktor einschaltet? Wir sind der Meinung, daß die Forderung der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften nach größerer Mitbestimmung der Arbeiter und des Staates im Wirtschaftsleben immer dringender erhoben werden muß.

Die Arbeiterschaft könnte vielleicht vom Lohnstandpunkt aus den Vorgängen mit Gleichmut gegenüberstehen, da bekanntlich die ausländischen Unternehmungen in Deutschland höhere Löhne bezahlen als allgemein üblich (siehe Ford und General-Motors in Berlin). Die ausländischen Kapitalisten begnügen sich aber in der Regel nicht mit der Neufinanzierung, sondern

nehmen zugleich auch grundlegende Umstellungen in den Betrieben vor. Diese sind für die Belegschaften außerordentlich hart, wie das Beispiel von Opel und Fichtel & Sachs beweist. In den Opelwerken wird wegen der Umstellung seit einem Jahr verkürzt gearbeitet. Bei Fichtel & Sachs ist die Belegschaft zunächst um ein Drittel eingeschränkt worden, die im Betrieb verbleibenden Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten ebenfalls verkürzt. Auch wenn diese Maßnahme eine vorübergehende sein sollte, bleibt sie eine Härte für die Beteiligten; sie könnte durch Einwirkung staatlicher Organe wesentlich gemildert werden.



Bürokratismus und Betriebsrat

Georg Otto (Dresden)

Bürokratismus, das heißt in Haarspalterei ausgeartete Kleinlichkeit im behördlichen Geschäftsbetrieb, war von jeher verpönt und seine Beseitigung wird gerade in unserer Zeit mit Fug und Recht betrieben. Im wesentlichen spricht man vom Bürokratismus der Unter- und Mittelbehörden. Der Vorwurf bürokratischer Handlungsweise mag in einzelnen Fällen begründet sein; schlechthin trifft er aber diese Behörden und deren Personal zu Unrecht, denn die als bürokratisch empfundene Geschäftserledigung ist meist nichts weiter als der Ausfluß von Anordnungen der Oberbehörden, sei es durch Geschäftsordnungen, Anweisungen, Mustern usw., die bei Erledigung der Dienstgeschäfte peinlich einzuhalten sind. Die Gebundenheit des Behördenpersonals an diese Dienstvorschriften ist vielen Volksgenossen unbekannt und so kommt es, daß Gewissenhaftigkeit mit Bürokratismus nur allzuoft verwechselt wird.

Man trifft aber wirklichen Bürokratismus nicht nur bei Behörden, sondern auch anderweit, sogar bei Betriebsräten. Folgender Vorgang beweist das. Einem Arbeitnehmer war das Arbeitsverhältnis gekündigt worden. Da er die Kündigung als eine nicht durch sein Verhalten oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte empfand, erhob er am dritten Tage darauf schriftlich dagegen Einspruch. In Unkenntnis des Gesetzes richtete er diesen an den Betriebsrat, anstatt, wie in diesem Falle erforderlich war, an den Arbeiterrat. Der Betriebsrat, der doch dazu berufen ist, die Interessen der Betriebsbelegschaft zu wahren und zu fördern, hat es schließlich für richtig befunden, den Einsender des Einspruchs am übernächsten Tage nach dem Eingange davon zu benachrichtigen, daß er für die Entgegennahme des Einspruchs nicht zuständig sei und den Arbeitnehmer an den Arbeiterrat als Gruppenrat verwiesen. Begreiflicherweise war, ehe diese Mitteilung in die Hände des Bekündigten gelangte, die fünfzügige Einspruchsfrist verstrichen. Der Bekündigte, um dessen Existenz es doch schließlich ging, war durch die Verzögerung des Betriebsrats des Einspruchs beim Gruppenrat verlustig gegangen, eben wegen Verstreichens der Einspruchsfrist. Er hat alsdann beim Arbeitsgericht Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 90 BRG beantragt, zu seinem Glücke mit dem Ergebnisse der Stattgabe seines Antrages.

Im vorliegenden Falle kann man doch wirklich von Bürokratismus sprechen. Was in der Welt wäre einfacher gewesen, als die Einspruchsschrift an den im gleichen Betriebe bestehenden Gruppenrat weiterzuleiten? Welchen wertvollen Dienst hätte der Betriebsrat dem gekündigten Arbeitnehmer damit erwiesen! Er hätte diesem zumindest das Angehen der Gewerkschaft, Zeit- und Geldaufwand und den Antrag auf Wiedereinsetzung erspart. Dabei ist besonders zu beachten, daß nicht in jedem Falle dem Wiedereinsetzungsantrag stattgegeben wird; denn es ist sehr fraglich, ob das Gericht darin, daß der Bekündigte in Unkenntnis des Gesetzes den Betriebsrat anstatt den Arbeiterrat anruft, einen unabwendbaren Zufall im Sinne des § 90 BRG erblickt. Es kann ihm ohne weiteres vorgehalten werden, daß er sich eben erst erkundigen mußte, ob der Betriebsrat auch für die Entgegennahme des Einspruchs zuständig war. Wird dem Antrag auf Wiedereinsetzung in den

vorigen Stand nicht stattgegeben, dann hat der Getändigte keine Möglichkeit mehr, sich gegen die unter Umständen tatsächlich ungerechtfertigte Kündigung zu wenden.

Es kann den Betriebsräten daher nicht genug ans Herz gelegt werden, Einsprüche, die etwa unrichtigerweise an ihn gelangen, umgehend mit kurzem Vermerke an die zuständige Stelle, den Gruppenrat abzugeben. Will er das nicht, dann muß er mindestens umgehend sachgemäße Mitteilung an den Einsprechenden gelangen lassen. Nur so dient er der Sache wirklich. Daß eine Eingabe, die bei einer nicht zuständigen Stelle eingeht, kurzerhand oder formell an die zuständige weitergeleitet wird, ist jetzt wohl allgemein üblich. Es wird kaum noch vorkommen, daß irgendeine Behörde eine für sie nicht in Betracht kommende Eingabe, aus der ein bestimmter Zweck aber erkennbar ist, einfach beiseite legt und den Einsender nur dahin bescheidet, daß sie in der Angelegenheit nicht zuständig sei. Das wäre Bürokratismus. Fort mit ihm!

Bleierkrankungen von Mietern

Unter den im gewerblichen Leben zur Verwendung kommenden Metallen sind im Hinblick auf die dabei eintretenden Gesundheitschädigungen Arsen, Blei und Quecksilber die unheilvollsten. Diese Metalle üben — wie andere Gifte — einen chemischen Einfluß auf die Zellen des Organismus aus, zerstören diese und richten im menschlichen Körper furchtbare Verheerungen an. Das Blei ist am schädlichsten. Bleivergiftung kann durch Gase, Dämpfe oder Staub entstehen. Das infolge schmutziger Hände oder auf andere Weise in den Magen kommende Blei wird dort zu Bleichlorid umgewandelt und kommt in die Blutbahn. Noch schneller gelangt das in Form von Dämpfen durch die Lungen eingeatmete Blei in den Blutkreislauf. Charakteristisch ist der regellose Verlauf der Bleivergiftung. Nach einer Periode der Gesundheit kann ohne vorhandene neue Ursache das Blei im Körper von neuem Bleikolik, Krämpfe oder Gelenkschmerzen verursachen. Die Ärzte erklären diese Erscheinung damit, daß an bestimmten Stellen des Körpers eingekapseltes Gift wieder in den Blutkreislauf gelangt und dadurch die neuen Anfälle auslöst.

Durch Schutzvorschriften und -Vorrichtungen, durch Bleimerkblätter und Hinweise anderer Art ist die Bleikrankheit in den letzten Jahrzehnten erheblich eingedämmt worden, doch werden stets wieder Arbeiter, besonders die, die unvorsichtig oder gleichgültig sind, von der tödlichen Krankheit erfaßt.

Ausgesehen sind der Bleivergiftung vorwiegend Maler, Schriftsetzer und Schriftgießer, Feilenhauer, Installateure, Kabelarbeiter, Bleilöter, die Arbeiter in den Bleischmelzhütten und Bleiweißhütten sowie in anderen Gewerbebezügen, wo Blei zur Verarbeitung kommt. Zu diesen Gruppen sind neuerdings die Mieter in den Waggonfabriken zu rechnen. Das Eisenbahnzentralamt hat angeordnet, daß alle für Zwecke der Eisenbahn zur Verwendung kommenden Eisenteile vor ihrer weiteren Bearbeitung mit Bleimennige gestrichen werden. Eine Verschmutzung der Hände der Arbeiter durch die Bleifarbe ist unvermeidlich. Die darin liegende Gefahr wurde in den Waggonfabriken in üblicher Weise durch Hinweise auf die Bundesratsverordnung über die Verwendung von Bleifarben, durch Lieferung von Milch, Waschmitteln, Handtüchern usw. bekämpft. Alle diese Vorsichtsmaßnahmen versagten bei den Mietern aus folgendem Grund: Bei dem Anstreichen der Gestelle für die Waggonen läßt sich eine Verschmutzung der Nietlöcher mit Bleimennige nicht vermeiden. Beim Zusammenbau der Waggongestelle entwickeln sich durch das Einstecken der glühenden Nietendämpfe. Da die Arbeitenden mit ihren Köpfen in unmittelbarer Nähe des Arbeitsvorgangs sein müssen, werden diese Dämpfe eingeatmet und sie führen, weil bleihaltig, die Bleikrankheit herbei.

Längere Zeit war man über die Sache im unklaren. Allerdings nur bei den Aufsichtsinstanzen. Die Arbeiter wiesen von Anfang an auf den Zusammenhang der beim

Nieten entstehenden Dämpfe mit den Bleierkrankungen hin. Die in einem Ort angerufene Gewerbeinspektion behauptete, daß nur der Firnis verdampfe. Um die für ihre Gesundheit besorgten Arbeiter zu beruhigen, wurde eine Umfrage bei anderen Firmen versprochen, um zu erforschen, wie weit dort durch die Verdampfung der Farbe sich Folgen gezeigt hätten. Ein Resultat dieser Umfrage ist nicht bekannt geworden und man muß annehmen, daß das Versprechen der Umfrage ein Rankleitrost war. Inzwischen erkrankten in der Waggonfabrik eines andern Orts eine ganze Anzahl Mieter an Bleivergiftung. Diesmal wurde der Zusammenhang mit den sich beim Nieten entwickelnden Bleidämpfen nicht mehr bestritten. Direktion, Betriebsrat und Gewerbeinspektion trafen gemeinsam vorbeugende Maßnahmen. Alle Vorschriften, die bei der Möglichkeit von Bleierkrankungen zu berücksichtigen sind, wurden von der Betriebsleitung erfüllt. Atemschützer sind bei der Hitze und der schweren Arbeit unerträglich, sind auch ziemlich zwecklos, denn der Bleidampf bringt hinter den Respiratoren ein. Absaugungsvorrichtungen können bei dem Wechsel und der Unständigkeit der Arbeit nicht angebracht werden.

Was soll geschehen? Nach Ansicht aller Beteiligten können weitere Bleierkrankungen nur bei Beseitigung des Grundübels, also bei Wegfall des Bleimennigeanstrichs und Verwendung giftfreier Rostfarbenanstriche erzielt werden. Die Bestrebungen dazu sind im Gang. Die Arbeiter in den Waggonfabriken hoffen im Interesse ihrer Gesundheit, daß die Forderungen auf Beseitigung der Bleimennigefarbe erfüllt werden.

Bücherbesprechung

Schiff, Viktor: „So war es in Versailles“. Mit Beiträgen von Otto Landsberg, Hermann Müller und Friedrich Stampfer. 168 Seiten. Preis gebunden 4 Mk. Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin.

Die Ursachen und Verhältnisse, welche jene fluchwürdige Kriegsspshose schufen, die zum Weltkrieg führten, ersiehen beim Lesen des Buches noch einmal vor unseren Augen. Ebenso der Schmerzensweg, den die deutsche Friedensdelegation zum Abschluß des Vertrages, der dem deutschen Volke so ungeheuerliche Lasten auferlegte, zu gehen hatte. Nur ein starker Glaube zum Friedenswillen der Mehrheit aller Völker ließ damals die Hoffnung zu, daß dieser Friedenswille zur Verständigung auch der am Krieg beteiligt gewesen Völker und in der Folge zur Abänderung dieses Vertrages führen würde. Dieser Glaube hat nicht getrogen. Die Taktik der deutschen Friedensdelegation war richtig. Die Siegerstaaten zweifeln längst an der Richtigkeit ihres Friedensdiktats. Abänderungen sind bereits erfolgt und werden noch folgen, je mehr die sozialistische Bewegung die Völker erfasst, der Völkermord, diese Geißel der Menschheit, verabscheut wird. Unseren Lesern, die nicht zum Lesen dieser, den Weltkrieg behandelnder Geschichtswerke kommen, kann dieses Buch bestens empfohlen werden. Dr.

Woytinski, Emma: „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“. Laubscher Verlag. 92 Seiten. Preis kart. 2 Mk.

Im rechten Augenblick, kurz vor den preußischen Gemeindevahlen, erscheint diese erfreuliche Arbeit. Was sie besonders erfreulich macht, ist die historische Einleitung, in der die Verfasserin der Haltung der Internationale in der Frage der Gemeindepolitik nachgeht und daran anschließend das geschichtliche Werden der Einheitsgemeinde Berlin schildert. Sie zeigt dann, was unter den besonderen Verhältnissen dennoch für die Interessen der Arbeiterklasse geleistet und aufgebaut werden konnte und liefert schon durch diesen Ausschnitt den Nachweis, von welcher wachsenden Bedeutung diese Tätigkeit für das Proletariat ist und wir können ihr voll und ganz zustimmen, wenn sie schließlich zu der Schlussfolgerung kommt, daß bis jetzt bei weitem nicht alle proletarischen Kräfte auf kommunalem Gebiete in Bewegung gesetzt und dementsprechend auch nicht alles, was hier zu erreichen wäre, wirklich erreicht worden sei. L. S.